

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland



15 Jahre Abstimmung über die Konkordate HarmoS und Sonderpädagogik



Als der LVB durch eine Nein-Parole
in Ungnade fiel



Reformen-
Rückspiegel
Teil 1

**Langfristig denken,
nicht kurzfristig sparen!**
Große Veränderungen am Zentrum
für Brückenangebote (ZBA)

**Editorial zum Rücktritt
der Bildungsdirektorin**
Herzlichen Dank,
Monica Gschwind!

**Alles, was (nicht)
recht ist**
Fragen und Antworten zum
revidierten Berufsauftrag (Teil 2)

Editorial

Herzlichen Dank, Monica Gschwind!



Liebe Leserin
Lieber Leser

Als Monica Gschwind 2015 ihr Amt antrat, wehte ihr ein eisiger Wind entgegen: Ein misstrauischer Bildungsrat, eine verärgerte, aus der Regierung gedrängte SP sowie ein aufgebrachter LVB, der die vorangegangene Reformflut heftig kritisierte und einem weiteren einschneidenden Sparpaket den Kampf ansagte, sorgten für ein angespanntes Klima.

Doch die neue Bildungsdirektorin liess sich nicht beirren, ordnete kurzerhand einen Marschhalt an und vertiefte sich unter grossem persönlichen Engagement in die vielschichtige Materie des Baselbieter Bildungswesens – in der Überzeugung, dass Dossierfestigkeit ein zentraler Schlüssel ist, um intelligenten Lösungen den Weg zu ebnen.

Bei ihren regelmässigen Schulbesuchen im ganzen Kanton suchte sie den direkten Kontakt – im Klassen- und im Lehrerzimmer –, um zu erfahren, was die Menschen an den Schulen wirklich umtreibt. Kritik an unausgereiften Reformen begriff sie als Chance. So lud sie zu zeitintensiven Hearings ein und hielt nicht etwa nur die Eröffnungsrede, sondern begab sich von

Gruppe zu Gruppe, hörte interessiert zu und blieb bis zum Schluss – so auch an der Startveranstaltung des jüngsten Projekts «Schulen 2040+».

Monica Gschwind holte konsequent alle Anspruchsgruppen an den Tisch – Schulleitungen, Wirtschaftsverbände, Parlamentarier/-innen, Gemeindevertreter/-innen, Betriebsorganisationen sowie den LVB – und gab verschiedenen Perspektiven genügend Raum und Zeit. Mit viel Verhandlungsgeschick und Fingerspitzengefühl leitete sie auch «anspruchsvolle» Gremien souverän. In keiner Sitzung erlebte ich die scheidende Bildungsdirektorin je genervt, verärgert oder gar ungehalten. Selbst während «lebhafter» Debatten in rund 100 Sitzungen der Gremien «Plattform Bildung» und «Bildungsrat» blieb sie gelassen, geduldig und ruhig.

Wenn der LVB Unstimmigkeiten orte- te, fand er bei Monica Gschwind stets ein offenes Ohr. So konnten potenzielle Wogen oftmals geglättet werden, bevor sie über Betroffene hinwegzufegen drohten. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich BKSD und LVB nicht immer einig waren. Bildungspolitik jedoch verlangt von allen Akteuren die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen und Rückschläge zu akzeptieren, was dank des respektvollen Umgangs bedeutend leichter fiel und der verlässlichen Zusammenarbeit keinen Abbruch tat.

Nach 10 Jahren ausdauerndem Einsatz für das Bildungswesen kann Monica Gschwind einen beeindruckenden Leistungsausweis vorweisen. Zum Beispiel: Seit 2020 steht den Baselbieter Lehrpersonen dank der geleiteten Lehrmittelfreiheit ein breites Angebot geprüfter, lehrplankompatibler Lehrmittel zur Verfügung. Dieser gemeinsam erkämpfte Meilenstein stärkt die pädagogische Verantwortung und ist mittlerweile zu einem

interkantonalen Exportschlager ge- worden.

Oder: Während sich die übrigen Deutschschweizer Kantone an den 2304 Kompetenzstufen des Lehrplans 21 weiterhin die Zähne ausbeissen, erfreuen sich die hiesigen Sekundarlehrpersonen an übersichtlichen und leistbaren Stofflehrplänen, verfasst nicht von Funktionären im Elfenbeinturm, sondern von praktizierenden Lehrkräften.

Auch das vorbildlich entwickelte Massnahmenpaket zur Sicherung der Bildungsqualität entstand nicht in den Büros von Schreibtischtätern, sondern unter Einbezug aller Anspruchsgruppen und Parteien. In der Folge wurde das 62-Millionen-Projekt «Zukunft Volksschule» – mit Fokus auf der Stärkung der Kernfächer Deutsch und Mathematik, Medien & Informatik inklusive bedarfsgerechter Weiterbildung – von einer deutlichen Landratsmehrheit genehmigt. Monica Gschwind setzte nicht auf Strukturreformen, sondern auf gezielte und handfeste Stärkung des Unterrichts.

Diesen drei Erfolgen gemeinsam ist der konsequente frühzeitige Einbezug aller relevanten Stakeholder, gepaart mit dem kontinuierlichen Aufbau und der sorgfältigen Pflege einer klar strukturierten Zusammenarbeit sowie einem umsichtigen Führungsstil ohne autoritäre Selbstgefälligkeit.

Dieses einzigartige Prinzip einer echten Mitwirkungskultur, die in den vergangenen 10 Jahren wesentlich zu praxisorientierten Lösungen beigetragen hat, ist nicht über Nacht entstanden. Dafür brauchte es viel Langmut, grosse Willenskraft und unermüdliche Hingabe. Herzlichen Dank dafür, Monica Gschwind!

Philipp Loretz
Präsident LVB

Inhalt

2 Editorial

Herzlichen Dank, Monica Gschwind!
von Philipp Loretz

4 Good News

von Roger von Wartburg

6 Alles, was (nicht) recht ist

Fragen und Antworten zum revidierten
Berufsauftrag (Teil 2)
von Isabella Oser

8 15 Jahre Abstimmung über die Konkordate HarmoS und Sonderpädagogik

Als der LVB durch eine Nein-Parole in Ungnade fiel
von Roger von Wartburg

20 Perlenfischen

von Roger von Wartburg

22 Lichtblick

Tolle Zeit
von Roger von Wartburg

23 Langfristig denken, nicht kurzfristig sparen!

Grosse Veränderungen am Zentrum
für Brückenangebote (ZBA BL)
von Michèle Blauboer, Daniel Gerber,
Simon Handschin und Martin Loppacher

32 LV-B-Forum

34 Der letzte Schrei

Schule 2040+ – SmartLearn.CH und
Learn-Earn+
von Benjamin Hänni

Herausgeber Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, Am Kägenrain 3, 4153 Reinach, www.LVB.ch

Redaktion LVB-Geschäftsleitung • **Layout & Gestaltung** Philipp Loretz • **Lektorat** Roger von Wartburg

Ausgabe SJ 2025/26, Nummer 02, Dezember 2025 • **Auflage** 3200, erscheint 4-5-mal jährlich

Druck Schaub Medien AG, 4450 Sissach • **Titelbild** hpunkt_de • **Logo** Schmutz & Pfister, Grafik und Design



von Roger von Wartburg

■ Erfreulicher Zustrom an Neumitgliedern

In den letzten drei Jahren konnte der LVB fast exakt 600 neue Aktivmitglieder in seinen Reihen begrüssen – eine sehr erfreuliche Quote! Dennoch gilt es, hinsichtlich Mitgliederwerbung unvermindert dranzubleiben, denn weiterhin treten grosse Jahrgänge ins Pensionsalter über. Zudem arbeiten heute weit mehr Lehrpersonen Teilzeit als früher, was sich auf die Erträge aus den Mitgliederbeiträgen auswirkt.

Wir danken allen Mitgliedern, die sich in ihren Kollegen darum bemühen, Beitritte zu generieren. Bitte machen Sie weiter so! Gerne erinnern wir an unser Angebot «LVB vor Ort», wo eine Delegation der Geschäftsleitung Ihren Konvent besucht und die Arbeit des LVB vorstellt.

Interessierte melden sich via info@lvb.ch.



© stock.adobe.com

■ «Hitze an den Schulen» bleibt aktuell

Unter Mithilfe von LVB-Mitgliedern konnten im Sommer an 55 Schulen in 35 Baselbieter Gemeinden Temperaturmessungen in exponierten Schulräumen vorgenommen werden. Der LVB arbeitet hinsichtlich dieser Thematik u.a. mit dem Vorstand der Schulratspräsidienkonferenz (SRPK) zusammen. Die SRPK hat nach Kenntnisnahme der Daten mit grosser Mehrheit beschlossen, bei der Bau- und Umweltschutzzdirektion (BUD) Antrag zu stellen auf die Einrichtung einer kantonalen Arbeitsgruppe zur Hitzebekämpfung an den Schulen.

Übrigens: Die derzeit laufende Diskussion über anfällige Anpassungen betreffend Schulferien hat eine gewisse Berechtigung. Der LVB weist jedoch klar darauf hin, dass sie nicht als eine Art «Stellvertreterdebatte» im Hinblick auf die Hitze-Thematik an den Schulen dienen kann und darf. Ohne bau-

liche Massnahmen an und in den Schulhäusern wird es nicht gehen, gänzlich unabhängig davon, wann welche Ferien beginnen und wie lange sie dauern.

Schon im Juni hatten das Regionaljournal Basel sowie SRF «Schweiz aktuell» über die Hitze problematik an den Schulen beider Basel berichtet. Zu Schuljahresbeginn rückte die Hitze thematik erneut in den Fokus der Berichterstattung: In der Tele Basel-Sendung «punkt6» machte LVB-Präsident Philipp Loretz auf die Folgen der Hitzebelastung aufmerksam und forderte pragmatische Sofortmassnahmen.



Tele Basel punkt6



SRF Regionaljournal



SRF Schweiz aktuell

■ Teilerfolge hinsichtlich Checks

Der LVB beobachtet und kommentiert die Nordwestschweizer Checks seit Jahren kritisch. Dabei haben wir stets betont, dass wir nicht gegen ein gut gemachtes und aussagekräftiges Bildungsmonitoring sind. Die vielfältigen Schwächen der bestehenden Checks jedoch führen dazu, dass die damit verbundenen Versprechungen nicht gehalten werden können. Mittlerweile werden neuralgische Punkte auch auf vierkantonaler Ebene diskutiert.

Mehrere Teilerfolge konnten auch durch das Insistieren des LVB un längst verzeichnet werden:

Weiterentwicklung der Checks

An der vierkantonalen Sitzung vom 16. Mai 2025 mit den Delegierten der Schulleitungs- und Lehrpersonenverbände zum Thema «Digitalisierung der Checks» hat sich gezeigt, dass von Seiten der Verbände klare Vorbehalte gegenüber der geplanten Digitalisierung bestehen und auch weitere Aspekte der Checks kritisch eingeschätzt werden. Die Leitungskonferenz Volksschule des Bildungsraums Nordwestschweiz hat deshalb entschieden, die Weiterentwicklung der Checks an der Sitzung vom 12. September 2025 zusammen mit den Verbänden und dem Institut für Bildungsevaluation zu vertiefen. Dazu wurden vorgängig die Anliegen der Verbände in einer schriftlichen Umfrage umfassend eingeholt und am 12. September 2025 zur Diskussion gestellt. Neben den Vorbehalten gegenüber der Digitalisierung bestand Einigkeit, dass insbesondere in den Bereichen «Nachteilsausgleich» sowie «einheitliche Durchführungsbedingungen» Massnahmen nötig sind.

Zum Stand der Arbeiten halten die Kantone im Sinne eines Zwischenfazits Folgendes fest:

1. Digitalisierung der Checks

(Beschluss vom 12. September 2025)

- Die Digitalisierung der Checks wird aufgrund der Bedenken der Verbände zurückgestellt:
- Die Durchführung des Checks P3 findet weiterhin ausschliesslich in Papierform statt.
- Die Durchführung des Checks P5 wird weiterhin sowohl in Papierform als auch digital angeboten.
- Die Schreibanlässe der Checks S2 und S3 werden weiterhin sowohl in Papierform als auch digital angeboten.

Auf Ende Schuljahr 2026/27 soll das Thema erneut aufgenommen und geprüft werden, inwiefern weitere Schritte in der Digitalisierung möglich und angemessen sind.

2. Einheitliche Durchführungsbedingungen verbessern

- Safe Exam Browser: Der Safe Exam Browser soll für die Durchführung der Online-Checks vierkantonal verbindlich werden. Die Rücksprache mit Schulen und IT-Fachleuten hat jedoch gezeigt, dass es bei der Umsetzung vielschichtige Herausforderungen gibt. Es braucht deshalb weitere Abklärungen zu sämtlichen technischen Implikationen. Das gemeinsame Ziel steht dabei fest: Die Online-Checks sollen mittelfristig nur noch in einer geschützten Browserumgebung absolviert werden können (Ausnahme Nachteilsausgleiche).
- Schreiben: Die Forderung der Verbände nach einheitlichen Nachholterminen mit jeweils neuen Themen zu den Schreibaufträgen wird auf die kommende Durchführung der Checks S2 und S3 umgesetzt. Zudem werden die Schreibaufträge (Themen) nicht mehr bereits in den Testheften bekannt gegeben, sondern der verantwortlichen Lehrperson erst am Nachmittag vor der Durchführung des Schreibanlasses digital zum Herunterladen zur Verfügung gestellt.

3. Umsetzung Nachteilsausgleich

Das Gewähren des Nachteilsausgleichs soll auch für die Online-Checks inklusive der Massnahme «mehr Zeit» möglich werden. Die technischen Implikationen und Kostenfolgen werden zurzeit geprüft. Andere Massnahmen wie zum Beispiel eine Lupe oder eine Vorlesefunktion sind über die Standardbrowser bereits gewährleistet.

Die nächste vierkantonale Sitzung mit den Delegierten der Schulleitungs- und Lehrpersonenverbände zur Weiterentwicklung der Checks findet am 29. April 2026 statt.

Aus Sicht des LVB sind mehrere weitere Schritte erforderlich, um die Checks und ihre Aussagekraft zu verbessern. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Alles, was (nicht) recht ist

Fragen und Antworten zum revidierten Berufsauftrag (Teil 2)

von Isabella Oser



Die Implementierung respektive korrekte Anwendung des revidierten Berufsauftrags führt zu zahlreichen Anfragen an den LVB. Wie es scheint, treibt die schulische Teilautonomie manchenorts wunderliche Blüten. Teilweise werden zudem falsche Aussagen verbreitet. Deswegen publiziert der LVB als Serie eine Auswahl von Fragen und Antworten im «lvb inform». Sie können uns weitere Fragen oder Unstimmigkeiten jederzeit melden. Eine umfangreiche Liste finden Sie auf unserer Homepage www.lvb.ch.

Soll und Ist

Frage 1: Wie kann ich sicherstellen, dass mein Berufsauftrag meine tatsächliche Arbeitssituation korrekt widerspiegelt und ich nicht überlastet werde?

Antwort 1: Der Berufsauftrag dient dazu, die Arbeitszeit sorgfältig zu budgetieren und Lehrpersonen vor Überlastung zu schützen. Entscheidend ist, dass die Planung transparent erfolgt und alle Pauschalen sowie Aufgaben klar ausgewiesen sind. Besonders wichtig ist, dass die Arbeitszeit pro rata temporis korrekt verteilt wird, damit Teilzeitangestellte nicht übermäßig belastet werden. Ziel ist, dass die im Berufsauftrag definierte Jahresarbeitszeit der Soll-Arbeitszeit entspricht – also der tatsächlich zu leistenden Arbeit. Die im Formular dargestellte Vertrauensarbeitszeit soll Ihre reale Arbeitssituation so genau wie möglich widerspiegeln.

Wenn Soll und Ist nicht übereinstimmen, müssen Aufgaben priorisiert, reduziert oder gestrichen werden. Laut Weisung zum Umgang mit der Vertrauensarbeitszeit sollen solche Differenzen in einem konstruktiven Vereinbarungsprozess zwischen Lehrperson und Schulleitung beigelegt werden (vgl. Weisung, S. 1, Ziff. 1 und 2). Gemäss § 3 der Verordnung über den Berufsauftrag und die Arbeitszeit von Lehrpersonen (646.4) gilt zudem: Die Schulleitung gewährleistet die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers zum Gesundheitsschutz. Sie unterstützt die Lehrpersonen, sich vor Überlastung zu schützen.

Sogenannte «Schönheitskorrekturen», bei denen die erfasste Arbeitszeit nicht der Realität entspricht, widersprechen dem Grundprinzip einer transparenten, fairen und leistbaren Arbeitszeitgestaltung – und damit dem Kern des revidierten Berufsauftrags. Ein bewährtes Vorgehen an einigen Schulen besteht darin, nur rund 80 % der Jahresarbeitszeit im Voraus zu verplanen. So bleibt eine sinnvolle Reserve für unvorhergesehene Aufgaben und Belastungsspitzen.

Obligatorische Weiterbildungsreise

Frage 2: Die Schulleitung hat beschlossen, dass die Teilnahme an einer Fachgruppenreise von Donnerstag bis und mit Samstag für alle Mitglieder obligatorisch ist. Die Schule unterstützt die Reise mit einem Fixbetrag pro Person. Nach unseren Schätzungen deckt dieser Beitrag die tatsächlichen Kosten (Anreise, Übernachtungen, Verpflegung etc.) aber nicht. Durch die Reise fällt an zwei Tagen Unterricht aus. Laut Schulleitung wird nur ein Tag des Unterrichtsausfalls von der Schule übernommen und der Rest über die Lektionsbuchhaltung abgegolten. Und: Wie verhält sich das Ganze rechtlich für Lehrpersonen, die zum Zeitpunkt der Reise gar keine Unterrichtsverpflichtung haben?

Antwort 2: Nach § 16 Abs. 6 der Verordnung über den Berufsauftrag und die Arbeitszeit der Lehrpersonen (SGS 646.40) gilt: «Präsenzzeiten an Samstagen (bei der 5-Tage-Woche) und abends nach 20 Uhr (an Werktagen) dür-

Was stimmt – und was nicht?

**Unsere FAQ zu
BERUFAUFTAG &
ARBEITSZEITSTUDIE
schaffen Klarheit!**



fen nicht angeordnet werden, ausser für Schulveranstaltungen und die Musikschulen.» Siehe FAQ Berufsauftrag (Stand April 2024, Punkt 21). Der Begriff «Schulveranstaltungen» ist in den FAQ Berufsauftrag (Punkt 7) präzisiert. Darunter fallen alle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Bildungsauftrag gemäss § 2 Bildungsgesetz (SGS 640), die im Schul- oder Jahresprogramm ausgewiesen sind. Beispiele sind Sporttage, Lager, Projekttage und -wochen (inkl. Theateraufführungen), Exkursionen, Elternabende oder besondere Klassenanlässe wie Räbeliechtli, Fasnachtsumzug oder Weihnachtsfeier. Charakteristisch für Schulveranstaltungen ist stets der direkte Bezug zu den Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern.

Eine Fachgruppenreise oder Weiter- resp. Teambildung für Lehrpersonen fällt ersichtlich nicht unter diese Definition. Sie ist weder auf den Bildungsauftrag noch auf die direkte Teilnahme von Schülerinnen und Schülern oder Eltern bezogen, sondern betrifft ausschliesslich die berufliche Weiterbildung und Teamentwicklung der Lehrpersonen (Bereich E des Berufsauftrags). Damit erfüllt eine Fachgruppenreise nicht die Voraussetzungen, um als «Schulveranstaltung» im Sinne der Ausnahmebestimmung von § 16 Abs. 6 Vo AZ LP eingestuft zu werden.

Folglich gilt: Wird eine Fachgruppenreise als obligatorische Weiterbildung angeordnet, so ist sie grundsätzlich im Rahmen der regulären Arbeitszeit anzusetzen. Dies kann durchaus in unterrichtsfreier Zeit geschehen, beispielsweise während der Frühlingsferien. An den Gymnasien werden die obligatorischen SCHIWE-Weiterbildungen seit Jahren nach diesem Modell durchgeführt. Hingegen darf eine Fachgruppenreise nicht auf Samstage (bei einer 5-Tage-Woche) oder auf Zeiten nach 20 Uhr angesetzt werden. Eine Anordnung, die dem zuwiderläuft, wäre nicht gesetzeskonform und widersprüche dem ausdrücklichen Wortlaut der Verordnung.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine obligatorisch erklärte Weiterbildung – insbesondere, wenn sie extern und mit zusätzlichem Reise- und Übernachtungsaufwand verbunden ist – nicht nur arbeitszeitlich, sondern auch kostenmässig korrekt abzubilden ist. Der Kanton trägt gemäss § 94 Bildungsgesetz die Verantwortung für die Organisation und Finanzierung des Schuldienstes. Nach der kantonalen Praxis übernimmt der Kanton die Kosten für von der Bildungsdirektion angeordnete Weiterbildungen; wenn die Schulleitung eine obligatorische Weiterbildung verfügt, obliegt es der Trägerschaft, die Finanzierung sicherzustellen. Es ist deshalb nicht zulässig, die Pflicht zur Teilnahme einseitig den Lehrpersonen aufzuerlegen, während erhebliche Mehrkosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung von diesen selbst zu tragen wären. Eine solche Kostenabwälzung widersprüche sowohl dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit wie auch der in § 3 Vo Berufsauftrag verankerten Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.

Die Schulleitung kann eine Fachgruppenreise im Rahmen des Berufsauftrags für obligatorisch erklären. Sie ist dann jedoch verpflichtet, die gesamte Reisezeit ab Schulstandort bis zum Veranstaltungsort als Arbeitszeit anzurechnen, die Tage dieser Weiterbildungsveranstaltung jeweils mit 8.4 Stunden als Arbeitszeit auszuweisen und allfällige Überschreitungen bis maximal 4 Stunden gemäss § 12 Vo AZ LP zusätzlich gutzuschreiben (Anrechnung im Bereich C: Schulentwicklung/Teamarbeit), den gesetzlichen Rahmen des § 16 Abs. 6 Vo AZ LP einzuhalten (kein Samstag, keine Abendpflicht nach 20 Uhr) und die anfallenden Kosten in einem angemessenen Rahmen durch den Arbeitgeber tragen zu lassen. Eine Weisung, die dem zuwiderläuft, wäre rechtlich angreifbar.

Lesenacht mit Übernachtung

Frage 3: An unserer Schule wird von der Schulleitung allen Klassenlehrpersonen (KLP) eine Lesenacht mit Übernachtung im Schulhaus vorgeschrieben. Dafür darf man zwei Stunden im Berufsauftrag aufschreiben. Für die KLP ist der Mehraufwand jedoch weit höher. Zudem stellt sich mir die Frage, ob eine Übernachtung in der Schule vorgeschrieben werden darf. Bei einer anspruchsvollen Klasse ist dies für die KLP eine grosse Belastung. Ich habe nachgefragt, ob ein Leseabend ohne Übernachtung möglich sei. Gemäss Schulleitung nicht, da die Übernachtung zum Schulprogramm gehöre.

Antwort 3: Eine Lesenacht gehört in den Berufsauftrag, die Anrechnung von nur zwei Stunden erscheint unverhältnismässig. Der Berufsauftrag sieht vor, dass solche Anlässe zu Beginn des Schuljahres realistisch in die Jahresarbeitszeitplanung aufgenommen werden. Wichtig: Eine Übernachtung kann nicht einfach von der Schulleitung verordnet werden. Der Lehrpersonenkonvent ist dazu anzuhören und der Schulrat muss das Schulprogramm bewilligen. Weisen Sie auf die Belastungssituation durch die Übernachtung hin, lassen Sie im Rahmen der Fürsorgepflicht Alternativen (z.B. einen Leseabend) prüfen und pochen Sie auf eine Anrechnung, die dem tatsächlichen Aufwand angemessen ist.

Als Orientierung soll die Regelung für Lager und Schulreisen herangezogen werden: Dort werden pro Tag zusätzlich vier Stunden im Berufsauftrag angerechnet. Entsprechend ist auch bei einer Lesenacht mit Übernachtung mindestens diese Anrechnung sachgerecht. Bei Teilzeitpensen führt die Kombination aus regulärem Unterricht (z.B. 6 Lektionen bei 50 %) und zusätzlicher Lesenacht faktisch zu einem erheblich höheren Arbeitstag; dieser Überhang ist durch Kompensation in unterrichtsfreier Zeit auszugleichen.

15 Jahre Abstimmung über die Konkordate HarmoS und Sonderpädagogik Als der LVB durch eine Nein-Parole in Ungnade fiel

von Roger von Wartburg



Durch verschiedene Grossreformen wurde nicht nur, aber auch die Baselbieter Schullandschaft in den vergangenen 15 bis 20 Jahren weitreichend umgestaltet. Nicht selten fungierte der LVB vor wirkmächtigen Weichenstellungen als einsamer Rufer (respektive Warner) in der Wüste. Eine breite Allianz aus Politik, Verwaltung, Forschung, anderen Verbänden und vielen Medien trieb sämtliche Umwälzungen unabirrt und scheinbar alternativlos voran. Im Rahmen einer mehrteiligen Retrospektive blicken wir zurück auf verschiedene Meilensteine – und gehen der Frage nach, ob die Argumentationen des LVB wirklich so verkehrt waren, wie es damals von anderer Seite dargestellt wurde.

Schicksalsjahr 2010 – beruflich und bildungspolitisch

Im Sommer 2010 hatte ich neun Jahre Erfahrung als Lehrer im Vollpensum hinter mir und ein Jahr davor die Intensivweiterbildung zur «Fachperson für Projektentwicklung und Projektleitung im Schulbereich» abgeschlossen. Den Anstoß zu dieser Weiterbildung hatte mein Rektor gegeben, verbunden mit dem Hinweis, dies wäre ein guter Schritt im Hinblick auf eine künftige Anstellung als Schulleiter, denn er sah meine berufliche Zukunft in dieser Funktion. Auch ich konnte mir vorstellen, neue Herausforderungen anzunehmen.

**«Mängisch bruucht's
wenig, dass öppis so
chunnt oder so.»**
(Kuno Lauener)

Parallel dazu war ich auf dem Radar des LVB aufgetaucht. «Schuld daran» war Heinz Bachmann, Ressortleiter «Beratung und Rechtshilfe» in der LVB-Geschäftsleitung, der an derselben Schule wie ich unterrichtete.

2008 und 2009 hatte ich seine Anfragen bezüglich der Übernahme eines Amtes im LVB noch abgelehnt, obwohl ich mich sehr für Bildungspolitik interessierte.

«Mängisch bruucht's wenig, dass öppis so chunnt oder so» singt Kuno Lauener im Song «So wie denn i däm Summer» von Züri West. Treffender hätte meine berufliche Entscheidungsfindung im Sommer 2010 nicht beschrieben werden können: Mein Rektor beschied mir, an unserer Schule würde auf längere Sicht kein Posten in der Schulleitung frei werden. Diese Aussage sollte sich im Nachhinein zwar als unzutreffend erweisen, hatte zu jenem Zeitpunkt aber Gültigkeit für mich.

Da es für mich keine Option war, ohne Kenntnis von Kollegium und Umfeld an einer anderen Schule Schulleiter werden zu wollen, erschien die Möglichkeit einer leitenden Funktion beim LVB umso attraktiver. Am 15. September 2010 wurde ich von den LVB-Delegierten in den Kantonalvorstand gewählt und kurz danach vom Kantonalvorstand in die Geschäftslei-

tung mit Stellenantritt per 1. August 2011. Auch weil die LVB-Präsidentin Bea Fünfschilling krankheitsbedingt ausfiel, nahm ich bereits ab November 2010 an den Sitzungen der Geschäftsleitung teil.

Wiedererkennung im Selbstverständnis des LVB

Es wäre jedoch verkürzt, meinen Entscheid pro LVB nur darauf zurückzuführen, dass sich an meiner Schule keine Aussicht auf einen Posten als Schulleiter bot. Vielmehr war mir in

**Der LVB schreckt nicht
davor zurück, vermeintlich
Gesichertes kritisch zu
hinterfragen, unbequeme
Wahrheiten zu benennen
und Positionen zu
vertreten, mit denen er
aneckt.**

jener Phase bewusst geworden, wie sehr mich die geplanten Umwälzungen im Schulsystem umtrieben – und wie mutig ich es fand, dass der LVB nicht davor zurückscheute, vermeint-

lich Gesichertes kritisch zu hinterfragen, unbequeme Wahrheiten zu benennen und Positionen zu vertreten, mit denen er aneckte.

Was ich in meinem allerersten Artikel im «lvb inform», publiziert im Dezember 2010, geschrieben habe, kann ich noch immer unterzeichnen: «Zuwider sind mir [...] Äusserungen im Brustton der vermeintlichen eigenen moralischen Unanfechtbarkeit, denn für

Allem Heilsbringerischen ist mit gesunder Skepsis zu begegnen.

mich steht fest, dass derjenige, der sich für moralisch überlegen hält, es in der Regel genau dadurch schon nicht mehr sein kann. [...] Pädagogik ist eine Kunst der kleinen Schritte, nicht der grossen Würfe. [...] Folglich gebührt auch bei bildungspolitischen Themen dem pragmatischen Ansatz der Vorzug, nicht dem ideologisch Aufgeblasenen. Allem Heilsbringerischen ist mit gesunder Skepsis zu begegnen.»¹

Die von mir beschriebenen Beobachtungen und Einschätzungen bezogen sich zumindest teilweise auch auf die bildungspolitischen Vorlagen, anlässlich derer die Baselbieter Stimmbevölkerung im Herbst 2010 an die Urne gerufen wurde: Beitritt zum HarmoS-Konkordat, Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik und Harmonisierung im Bildungsraum Nordwestschweiz.

HarmoS-Konkordat inklusive Frühfremdsprachen

In den Abstimmungsunterlagen war hinsichtlich HarmoS-Konkordat u.a. zu lesen: «Für die Volksschule werden folgende Änderungen eingeführt: [...] Einführung sechstes Primarschuljahr: Die obligatorische Schule wird neu gegliedert in eine 8 Jahre dauernde Primarstufe und eine 3 (heute 4) Jahre dauernde Sekundarschule (Sekundarstufe I). Die Primarstufe beinhaltet den zweijährigen Kindergarten und neu die auf 6 Jahre verlängerte Primarschule.



© stock.adobe.com

Zwei Fremdsprachen an der Primarschule: Die Verpflichtung, spätestens ab der 3. Klasse der Primarschule (5. Schuljahr nach neuer Zählweise) die erste Fremdsprache und ab der 5. Klasse der Primarschule (7. Schuljahr) die zweite Fremdsprache einzuführen, wird eingelöst. Im Vergleich zu heute setzt der Französischunterricht ein Jahr früher ein, der Englischunterricht zwei Jahre früher. [...]

Nach Abschluss der Einführung der Schulstrukturen werden für Kanton und Gemeinden zusammengerechnet jährlich wiederkehrende Minderkosten von 9,5 Millionen Franken resultieren. Diese Minderkosten werden durch die tieferen Besoldungskosten aufgrund des künftigen 6. Primarschuljahres bewirkt. Für die damit verbundene Lastenverschiebung wird eine einvernehmliche Lösung für eine kostenneutrale Kompensation zwischen Kanton und Gemeinden gewährleistet.»²

Ich war im Kanton Solothurn aufgewachsen, wo schon seit längerer Zeit

Versprochen wurde die grosse Harmonisierung zwischen den Kantonen, weshalb Basel-Landschaft sein Volksschulsystem «5/4» aufgab und neu mit Französisch schon in der 3. Primarklasse und Englisch in der 5. Primarklasse begann. Haben sich diese Umstellungen gelohnt? Und was wurde tatsächlich harmonisiert?

das System «6/3» (6 Jahre Primar- und 3 Jahre Sekundarstufe; Zählweise ohne Kindergarten) gegolten hatte. Mir war daher durchaus bewusst, dass auch dieses System praktikabel war. Auf der anderen Seite hatte ich durch meine Unterrichtstätigkeit im Baselbiet dessen System «5/4» ungemein schätzen gelernt. Die vierjährige Sekundarstufe I fand ich ausgezeichnet, gerade weil Lehrende und Lernende zwei Jahre lang Zeit hatten, um sich richtig gut kennenzulernen, bevor der gemeinsame Blick auf die Anschlussmöglichkeiten auf der Sekundarstufe II gerichtet wurde.

Umso weniger Verständnis konnte ich dafür aufbringen, dass eine echte pädagogische Debatte über Vor- und Nachteile der Systeme «5/4» respektive «6/3» praktisch ausblieb. Ich erinnere mich etwa an ein von der AKK organisiertes Podium, u.a. mit dem heutigen SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, an dem sich alle Gesprächsteilnehmer für «6/3» aussprachen und niemand die potenziellen Vorteile von «5/4» auch nur erwähnte. Dass

zudem in den Abstimmungsvorlagen die künftigen Minderausgaben durch tiefere Personalkosten als Argument für den Systemwechsel veranschlagt wurden, bestärkte mich in meinem Eindruck, dass andere Aspekte weit stärker im Fokus standen als pädagogische.

Eine echte pädagogische Debatte über Vor- und Nachteile der Systeme «5/4» und «6/3» blieb aus.

Der mit HarmoS verknüpften Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts stand ich als Fremdsprachenlehrer von Beginn weg ablehnend gegenüber. In den Französisch- und Englischfachschaften meiner Schule waren wir uns darüber einig, dass das Verteilen einer gleich gross bleibenden Anzahl von Lektionen pro Fremdsprache an der Volksschule auf mehr Schuljahre nicht zielführend war. Eine hohe Exposition pro Woche, gerade in Französisch auf der Sek I, war aus unserer Sicht eine zwingende Voraussetzung für einen produktiven Unterricht. Die extrem vollmundigen Versprechungen im Kontext des angestrebten früheren Beginns des Fremdsprachenunterrichts teilten wir kraft unserer Berufserfahrung nicht ansatzweise.

Die extrem vollmundigen Versprechungen im Kontext des früheren Beginns des Fremdsprachenunterrichts teilten wir nicht ansatzweise.

Konkordat Sonderpädagogik
Betreffend Konkordat Sonderpädagogik stand in den Abstimmungsurverlagen u.a. Folgendes: «Die meisten Integrationen verlaufen erfolgreich. Für die Kinder ohne Behinderung entsteht kein Nachteil. Dies belegen eigene Erfahrungen im Kanton und Untersuchungen im In- und Ausland über die Lernzielerreichung in Klassen, in denen Kinder mit Behinderungen integriert unterrichtet werden.

Festgestellt wird, dass in durchmischten Klassen die soziale Kompetenz aller Kinder steigt. [...] Mit dem Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik [...] wird insbesondere der Grundsatz der vorzugsweisen integrativen Schulung im Gesetz verankert. [...] Der Kanton stellt die Angebote der Sonderschulung bereits heute zur Verfügung, weshalb keine zusätzlichen Kosten entstehen.»³

Fairerweise muss betont werden, dass es im Kanton Basel-Landschaft – anders als in anderen Kantonen – nie darum ging, sämtliche Formen separativer Beschulung aufzulösen. So war im Abstimmungsbüchlein zu lesen: «Nicht für alle Kinder mit Behinderung ist die integrative Schulung die richtige Schulungsform. Es braucht deshalb weiterhin Sonderschulen und Sonderschulheime, die mit ihrem Angebot dem speziellen Bildungsbedarf dieser Kinder und Jugendlichen gerecht werden.»⁴ Umstritten, auch im Landrat, war hingegen die explizite Bevorzugung der integrativen Schulung.

Umstritten war die explizite Bevorzugung der integrativen Schulung.

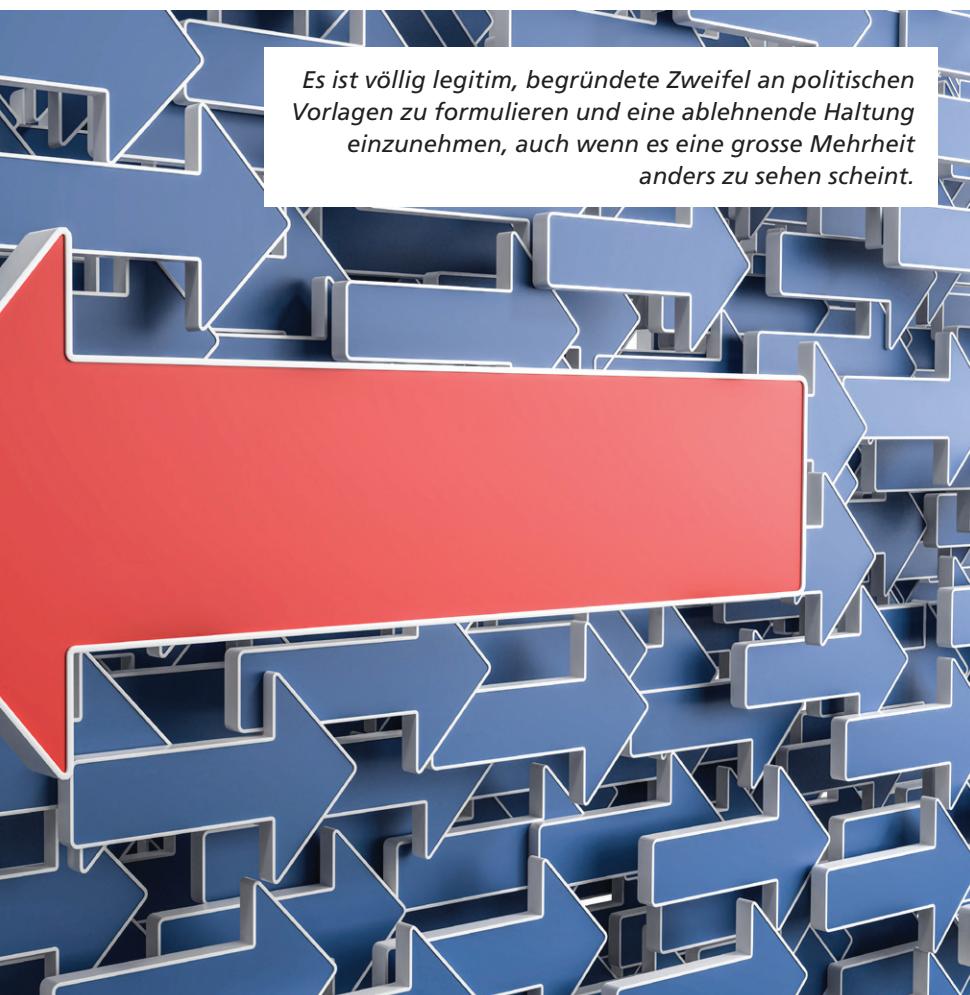
Auch dieser Vorlage gegenüber war ich zurückhaltend, nicht zuletzt aufgrund von Berichten diverser Schulbeteiligter aus meinem Wohnkanton Solothurn, wo die Umsetzung der integrativen Schulung schon vor dem Basellbieter Abstimmstermin hohe Wellen geworfen hatte. Ich führte damals viele Gespräche mit Solothurner Lehrpersonen, Schulleitungsmitgliedern, Politikern und Politikerinnen, Gemeinde- und Schulbehörden sowie Erziehungsberechtigten. Viele Kritikpunkte und Befürchtungen konnte ich nachvollziehen.

Woher etwa – hinsichtlich Fachkräfte-Problematik ähnlich wie bei den Frühfremdsprachen – wollte man überhaupt die erforderliche Anzahl Heilpädagoginnen und -pädagogen nehmen? Musste eine kostenneutrale



Umsetzung nicht zwangsläufig eine Illusion bleiben, sodass vielmehr ein «Pfusch» drohte zu Lasten der Kinder mit besonderen Bedürfnissen, des Lernerfolgs der anderen Schülerinnen und Schüler sowie der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen? Welche tatsächlichen Belege gab es für die pauschale Behauptung, in gemischten Klassen steige die soziale Kompetenz aller Kinder und Jugendlichen?

Und ganz allgemein: Wusste denn nicht jede Lehrperson aus eigener Erfahrung, dass nur schon ein bis zwei ausserordentlich verhaltensauffällige Schützlinge – ob mit oder ohne «Integrationslabel» – das Lern- und Arbeitsklima in einer Klasse zum Kippen bringen konnten? Würde der Grundsatz der Bevorzugung einer integrativen Beschulung nicht unweigerlich dazu führen, dass nicht gelingende Integrationsversuche zum Nachteil aller Beteiligten auf unbestimmte Zeit



Es ist völlig legitim, begründete Zweifel an politischen Vorlagen zu formulieren und eine ablehnende Haltung einzunehmen, auch wenn es eine grosse Mehrheit anders zu sehen scheint.

das mit seinem unbestritten gescheiterten Schulsystem in Zugzwang geriet, kann Baselland mit 5/4 auf eine erfolgreiche Tradition vertrauen [...].

Anders als Basel-Stadt, das mit seinem gescheiterten Schulsystem in Zugzwang geraten war, konnte Baselland mit 5/4 auf eine erfolgreiche Tradition vertrauen.

Noch völlig unklar ist, wer in der 6. Primarklasse unterrichten soll. [...] Auch wenn die meisten Kantone mit 6/3 gut leben, zieht in Baselland ein Strukturwechsel einen Bildungsabbau mit enormer Kostenfolge und ungelöste personalrechtliche Probleme nach sich. [...] Die Harmonisierung ist nicht prioritär abhängig vom Schulmodell, sondern von den harmonisierten Stundentafeln und Lehrplänen in den entsprechenden Klassen.

Frühfremdsprachen: Realitätsfremd und praxisuntauglich ist dieser Ansatz, weil Kinder aus bildungsfernen Milieus oder mit Migrationshintergrund, die ohnehin für ihre Leistungserfolge kämpfen müssen, zusätzlich in hohem Masse belastet werden und teils mit bis zu fünf Sprachen konfrontiert sind (Muttersprache, Mundart, Standarddeutsch, Französisch und Englisch). [...]

Zudem sind mit dem Frühfremdsprachenkonzept ein enormer Weiterbildungsaufwand für die Lehrperso-

andauern würden? Zudem brachte ich den Begriff der «organisierten permanenten Unterrichtsstörung», formuliert durch den damaligen Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle des LCH, Anton Strittmatter, nicht mehr aus dem Kopf.

«Organisierte permanente Unterrichtsstörung.»
(Anton Strittmatter)

Der LVB zum HarmoS-Konkordat

Um dies klar zu betonen: Mit den Abstimmungsempfehlungen des LVB vor besagtem Urnengang am 26. September 2010 hatte ich noch nichts zu tun gehabt. Inhaltlich aber empfand ich die Argumentationen der LVB-Geschäftsleitung als nachvollziehbar und gleichermaßen von der Berufspraxis wie von den Kindern und Jugendlichen her gedacht.

Zu HarmoS hielt der LVB fest: «Die Umstellung auf 6 Primar- und 3 Sekundarschuljahre sieht einen Abbau von Lektionen vor und macht keine einzige Schulstunde besser. Und dies für zweistellige Millionenbeträge. [...] Der Name HarmoS gaukelt eine gesamtschweizerische Harmonisierung vor und verschweigt, dass [...] der Flickenteppich in der Deutschschweiz Bestand haben wird, denn neben dem Kanton Aargau [...] haben schon 8 weitere Kantone HarmoS abgelehnt. Zudem lässt HarmoS unter dem Druck der Kantone Schulmodelle zu, welche die emporstilisierte interkantonale Mobilität statt verbessern zusätzlich erschweren. [...]»

6/3 wurde von den Bildungsplanern nicht etwa gewählt, weil es das beste Modell ist, sondern weil diese Struktur in den Kantonen vorherrscht und man deshalb auf die beste Akzeptanz zählen konnte. [...] Anders als Basel,

In Vorreiterkantonen wie Zürich zeigte sich bei den Frühfremdsprachen ein krasses Missverhältnis zwischen Aufwand und Gewinn für das Bildungswesen.

nen, eine Umstellung auf das Fachlehrersystem an den Primarschulen mit wachsender Anzahl von Bezugspersonen und hohen Kosten [...] ver-



Die zwei Nein-Parolen des LVB wurden als Tabubruch gewertet und führten zu feindseligen Reaktionen und zahlreichen Austritten.

© stock.adobe.com

bunden. Die unterschiedliche Staffelung (F/E oder E/F) der Fremdsprachen erhöht die Hürde für die betroffenen Kinder bei Kantonswechseln. [...] In den Vorreiterkantonen (z.B. Zürich) zeigt sich ein krasses Missverhältnis zwischen finanziellem Aufwand und Gewinn für das Bildungswesen. [...]

Ausgaben in jedem anderen politischen Bereich werden minutiös auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis geprüft. Just in der Bildung, die unumstritten als eine der wichtigsten politischen Aufgaben erachtet wird, beschränkt sich das Interesse auf übergeordnete Erwartungen wie z.B. das Heil durch Harmonisierung. Die Wirkung auf die am meisten Betroffenen, nämlich die Schülerinnen und Schüler, wird jedoch nicht hinterfragt. [...] Deshalb ein überzeugtes «Nein» zum HarmoS-Konkordat!»⁵

Die integrative Schulung erhöht den Bedarf an spezialisiertem Personal und die Anzahl der Bezugspersonen.

Der LVB zum Konkordat Sonderpädagogik

«Die Integration von behinderten Kindern in die Regelklassen ist sinnvoll, wenn diese dem Unterricht mehrheit-

lich folgen können, wenn die Klasse als Ganzes gut lernt und funktioniert und wenn genügend Ressourcen für die Integration (Betreuung, bauliche Massnahmen etc.) vorhanden sind. Diese Voraussetzungen sind mit dem Sonderpädagogik-Konkordat nicht gegeben! [...]

Mit dem Beitritt würde dem Kanton Basel-Landschaft die vorzugsweise Integration aller sonderpädagogisch zu betreuenden Kinder in die Regelklassen vorgeschrieben, und zwar ohne Rücksicht auf die Art ihrer Behinderung. Viele dieser Kinder können die Anforderungen des schulischen Alltags nicht erfüllen und werden von den Lernzielen befreit. Es ist pädagogisch mehr als fragwürdig, Kinder [...] tagtäglich schulischen Anforderungen auszusetzen, die sie nie erfüllen können. Die Betroffenen [...] leiden unter dieser Erkenntnis. [...]

Der Bedarf an spezialisiertem, gut ausgebildetem Personal und damit die Anzahl der Bezugspersonen steigt mit integrativer Schulung in einem ungesunden Masse an. Lehrermangel und in der Folge abnehmende Unterrichts- und Bildungsqualität, verbunden mit steigenden Kosten, sind die logische Konsequenz. [...] Ohne die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen kann Integration nicht gelingen. Deshalb ein überzeugtes

«Nein» zum Sonderpädagogik-Konkordat!»⁶

Tabubruch mit gravierenden Folgen

Mit den Nein-Parolen zu den Konkordaten «HarmoS» und «Sonderpädagogik» stach die damalige LVB-Spitze in ein Wespennest. Kein anderer Lehrpersonenverband schweizweit tätigte einen vergleichbaren Schritt. In vielen Baselbieter Kollegien wurde über die Vorlagen und die Haltung des LVB gestritten. Mitglieder der Geschäftsleitung wurden teilweise persönlich angefeindet und als reaktionär etikettiert, auch in Leserbriefen und Presseartikeln. Vorwürfe eines falschen Welt- und Menschenbildes, der Rückständigkeit und Verstocktheit wurden erhoben.

Schlimmer noch: Eine Austrittswelle erfasste den LVB. Eine dreistellige Anzahl Aktivmitglieder kündigte

Durch die Austrittswelle drohte der LVB in eine existenzielle Krise abzugleiten.

ihre Mitgliedschaft, auch wenn nicht bei allen Betroffenen eine Kausalität zwischen Abstimmungsparolen und Austritt nachgewiesen werden konn-

te. Manche liessen ihrer Wut und Enttäuschung in Schreiben an die Verbandsspitze freien Lauf. Verglichen mit 2009, verlor der LVB bis 2011 über 10 % seiner Aktivmitglieder und drohte in eine existenzielle Krise abzugleiten.

Die LVB-Präsidentin Bea Fünfschilling erkrankte schwer und schied, ebenso wie Doris Boscardin und Myrtha Michot, 2011 definitiv aus. Von den fünf Geschäftsleitungsmitgliedern, denen ich mich im Sommer 2010 vorgestellt hatte, waren ein Jahr später nur noch deren zwei im Amt: Heinz Bachmann und der neue Präsident Christoph Straumann, wobei Letzterer 2013 ebenfalls seinen Abschied gab. Es galt, den LVB neu aufzustellen, zumal der Verband als Folge seiner Positionsbezüge innerkantonal stark isoliert war respektive wurde.

Die heutige LVB-Geschäftsleitung lässt ihre Abstimmungspolitiken jeweils durch Mitgliederbefragungen abstützen und spricht sich gegenüber der Öffentlichkeit nur dann klar aus, wenn sich intern deutliche Mehrheiten zeigen. Allerdings sind die technischen Möglichkeiten der Gegenwart auch andere als vor 15 Jahren.

Und ohnehin: Die Vehemenz und die üblichen Unterstellungen eines Teils der eingegangenen Reaktionen an die Adresse der Verbandsspitze im Herbst 2010 hinterliessen bei mir einen bleibenden Eindruck, zumal die Parolen des LVB aus meiner Sicht mit einer Reihe von Argumenten unterlegt worden waren, die man gutheissen oder ablehnen konnte, ohne deshalb ausfällig werden zu müssen.

Wahrscheinlich nicht unerheblich für die Beschlussfassung des LVB war die DV vom 24. März 2010 gewesen, wo die beiden Lehrer Hanspeter Amstutz und Jules Fickler hinsichtlich Sonderpädagogik und Frühfremdsprachen über die Lage im Vorreiterkanton Zürich berichtet hatten. Amstutz hatte beschrieben, dass durch die vorzugsweise Integration die Auflösung aller Kleinklassen forciert worden sei, wobei die erforderlichen Heilpäda-

gogen/-innen für integrative Settings fehlten. Ausserdem seien die Lehrpersonen durch die vielen nötigen Absprachen zusätzlich stark belastet worden.

Sein Kollege Fickler hatte ausgesagt, eine klare Erkenntnis bestehe darin, dass man mit zwei Wochenlektionen Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe nicht vorwärtskomme. Er riet den LVB-Delegierten dazu, eine harte Position einzunehmen. Es gebe kein «Ja, aber ...», sondern nur ein «Nein, so nicht!»⁷

Die Zürcher Vertreter hatten gewarnt: «Ja, aber ...» wird nicht gehört, nur ein «Nein, so nicht!»

Die Abstimmungsresultate

Die Baselbieter Stimmberchtigten nahmen am 26. September 2010 sowohl den Beitritt zum HarmoS-Konkordat als auch jenen zum Konkordat Sonderpädagogik (und die damit verbundenen Änderungen des Bildungsgesetzes) mit Anteilen zwischen ca. 56 und 59 % an.

Auch die dritte bildungspolitische Vorlage des Abstimmungssonntags, welche eine Harmonisierung im sogenannten «Bildungsraum Nordwestschweiz» der vier Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn vorsah, wurde angenommen, und zwar mit einem deutlichen Ja-Stimmen-Anteil von ca. 68 %. Der LVB hatte zu dieser dritten Vorlage die Ja-Parole gefasst und dabei die Wichtigkeit einer *inhaltlichen* Harmonisierung betont, was im ganzen Trubel um die Nein-Parolen zu den beiden Konkordaten jedoch wenig Beachtung fand.

Die heutige Situation betreffend Harmonisierung

Bei Ablauf der Umsetzungsfrist am 31. Juli 2015 hatten 15 Kantone HarmoS zugestimmt. Elf Kantone haben entweder den Beitritt per Volksabstimmung abgelehnt, ihn sistiert oder sind nicht darauf eingetreten. Das ur-

sprüngliche Ziel einer gesamtschweizerischen Umsetzung wurde verfehlt, einige grundlegende Pfeiler der Harmonisierung aber wurden in der ganzen Schweiz zumindest annähernd einheitlich umgesetzt, so etwa der Zeitpunkt der Einschulung und die Dauer der obligatorischen Volksschule sowie gemeinsame Bildungsziele und Grundkompetenzen in definier-ten Fachbereichen.

Konkrete Bereiche, die trotz HarmoS kantonal unterschiedlich blieben, sind unter anderem bestimmte Schulstrukturen (z.B. «traditioneller» Kindergarten vs. Basisstufe oder die Art der Gliederung der Sekundarstufe), Fremdsprachen- und Ferienregelungen, Stundentafeln, Bewertungs- und Promotionssysteme, Übertrittsregeln, Organisation der Tagesstrukturen und der fröhkindlichen Bildung. Auch bei der Finanzierung und Betreuungsangeboten – etwa für Kinder mit besonderem Förderbedarf – gibt es grosse kantonale Unterschiede.

Selbst Aspekte wie der Zeitpunkt der Einschulung, die grundsätzlich infolge HarmoS als «harmonisiert» wahrgenommen werden, sind bei näherer Betrachtung nicht deckungsgleich. So variiert der Stichtag für die Einschulung in den Kindergarten bzw. die Basisstufe. In der Mehrheit der Kan-

Selbst Aspekte wie der Zeitpunkt der Einschulung sind bei näherer Betrachtung nicht deckungsgleich in den Kantonen.

tone (19 von 26) liegt er auf dem 31. Juli. Es gibt jedoch Kantone, die andere Stichtage haben, und in einzelnen Kantonen ist eine gewisse Flexibilität möglich. All dies führt dazu, dass Kinder je nach Kanton ein Jahr früher oder später eingeschult werden können, obwohl das Konkordat einen einheitlichen Rahmen vorgibt.

Speziell hervorzuheben ist der Umstand, dass eine Harmonisierung in-

nerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz nicht gelungen ist, obwohl diese Vorlage 2010 im Kanton Basel-Landschaft am deutlichsten angenommen worden war. Zwei Aspekte stechen dabei besonders heraus: Einerseits beginnt der Aargau als einziger Nordwestschweizer Kanton in der Primarstufe zuerst mit Englisch und erst später mit Französisch, andererseits dauert die Sek P exklusiv im Kanton Solothurn nur zwei anstatt drei Jahre.

Letztere Kuriosität war bereits vor der Baselbieter Abstimmung bekannt gewesen und entsprechend im LVB-Argumentarium für die Beibehaltung des Systems «5/4» moniert worden: «Schulmodelle [...], welche die [...] interkantonale Mobilität statt verbessern zusätzlich erschweren.»⁸ Die Frage, weshalb Baselland sein System «5/4» der Harmonisierung zuliebe aufgeben «musste», während Solothurn die Dauer der Sekundarstufe I im leistungsstärksten Niveau nicht anzugleichen brauchte, war und ist zumindest diskutabel.

Im Bildungsraum Nordwestschweiz ist nicht einmal die Harmonisierung der Sprachenreihenfolge und der Dauer der Sek P gelungen.

In der hiesigen Lehrerschaft jedenfalls, so förderte es eine LVB-Mitgliederbefragung zur schulischen Selektion im Mai 2025 zutage, geniesst das System «5/4» weiterhin Sympathien, und zwar nicht nur auf der Sekundarstufe I (Zyklus III), sondern auch im Zyklus II: «Interessant ist, dass mit 54.8 % nicht nur eine Mehrheit der Teilnehmenden des Zyklus III den Selektionszeitpunkt als «zu spät» einstuft, sondern auch 41.1 % [...] des Zyklus II diese Haltung vertreten. [...] Wie es in auffällig vielen Kommentaren zum Ausdruck kommt, muss ein ansehnlicher Teil der Baselbieter Lehrpersonen mit dem früheren System «5/4» [...] zufrieden(er) gewesen sein.»⁹

Die Fragen, welche die Leserinnen und Leser – sofern sie sich ein Urteil zutrauen – im Kontext der sogenannten Harmonisierung für sich beantworten können, lauten: Hat es sich für den Kanton Basel-Landschaft gelohnt, im Namen von HarmoS sein Volksschulsystem von «5/4» auf «6/3» umzustellen? Und: Sind durch HarmoS sogenannte Mobilitätshindernisse zwischen den Kantonen, deren Beseitigung als starkes Pro-Argument gegolten hatte, aufgehoben worden?

Die heutige Situation betreffend Fremdsprachen

Die Vorverlegung des Beginns des Fremdsprachenunterrichts war Teil des HarmoS-Konkordats gewesen. Im Kanton Baselland wurde nach dem Ja zu HarmoS zusätzlich aufs Gas gedrückt: Der Bildungsrat entschied im März 2011, die Einführung der Frühfremdsprachen nicht wie geplant per Schuljahr 2015/16 vorzunehmen, sondern ganze drei Jahre früher – zwecks Kooperation mit anderen Kantonen und ohne Mehrkosten, wie es hiess.

Der LVB blieb höchst skeptisch und lancierte schon im Februar 2013 eine Umfrage zu den ersten Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch. Eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Primarlehrkräfte stufte die an die Kinder gestellten Anforderungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen als unrealistisch ein. Auch die Konzeption des «spielerischen Lernens» innerhalb weniger isolierter Wochenlektionen wurde arg in Frage gestellt. In den Folgejahren publizierte der LVB, namentlich Philipp Loretz und ich, diverse weitere kritische Analysen zu den Frühfremdsprachen, den dazugehörigen Lehrmitteln und der von den PHs verordneten sogenannten Didaktik der Mehrsprachigkeit; hinzu kamen zusätzliche Mitgliederbefragungen.

Im September 2014 widmete der LVB seine DV der Thematik: Zwei kontra-

diktatorischen Referaten folgte eine Publikumsdiskussion. Die BaZ schrieb im Anschluss: «Wie es schien, hatten die beiden [Passepartout-Befürworter] zuvor noch nie einen Fuss in ein Klassenzimmer gesetzt, derart akademisch tönten ihre wissenschaftlichen Rechtfertigungen des «einmaligen Pionierprojekts Passepartout», das zurzeit an den Primarschülern in der Schweiz ausprobiert werde. Sie ernteten bei den versammelten Praktikern vorwiegend Gelächter. Und bittere Vorwürfe.»¹⁰

Ebenso unterstützten wir 2016 an einem von der GLP Basel organisierten Podium die Linguistin Simone Pfenninger, deren Studie¹¹ zum frühen Fremdsprachenunterricht den Dogmen der Passepartout-Apologeten widersprochen hatte, worauf sie vom Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann faktenbefreit öffentlich diskreditiert worden war. Rückblickend meint Pfenninger, heute ordentliche Professorin an der Universität Zürich, sie sei als junge Frau ohne unbefristete Stelle an einer Hochschule ein leichtes Opfer und eine perfekte Zielscheibe gewesen.¹²

Und es gab, wenn man sie hören respektive lesen wollte, weitere kritische Stimmen aus der Wissenschaft – ganz abgesehen von den zahlreichen Studien¹³, die schon vor der Festlegung des früheren Fremdsprachenunterrichts gegen dieses Ansinnen gesprochen hatten. Der Mehrsprachigkeitsforscher Raphael Berthele von der Universität Fribourg plädierte, durchaus selbstkritisch, in einem Aufsehen erregenden Aufsatz¹⁴ für strengere Massstäbe bei der Auswertung von Forschungsergebnissen und der Abgabe von Empfehlungen an die Politik im Bereich Fremdsprachenunterricht.

Berthele warnte vor «Pseudowissenschaft» und dem Zurechtbiegen von Studien, damit sie den eigenen Überzeugungen entsprechen, um daraus vage Theorien als fundierte Wahrheiten zu präsentieren. Die Rede ist zudem von nachträglichen Abänderungen von Hypothesen, der Vermi-



schung von Korrelationen und Kausalitäten, dem Verschweigen von Zweitstudien mit anderen Ergebnissen und unzulässigen Übertragungen von Wirkungen bei erwachsenen Studierenden auf Kinder. Viel deutlicher kann eine Kritik an der eigenen Zunft eigentlich nicht ausfallen.

Mehrsprachigkeitsforscher Raphael Berthele wirft der eigenen Zunft Pseudowissenschaft und grobe Mängel vor.

Fernab jeglicher Selbstkritik bewegen sich jedoch weiterhin jene Kräfte, welche die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts seinerzeit vehement gepusht hatten, namentlich Exponentinnen und Exponenten der PHs, deren Studien in Bertheles Aufsatz teilweise explizit kritisiert wurden. Ihr unlängst publiziertes Synthesepapier ist ein Appell an die Politik, sich nicht vom eingeschlagenen Kurs abbringen zu lassen: «Vor diesem Hintergrund lautet die klare Empfehlung der Unterzeichnenden, das bestehende System beizubehalten, weiterzuentwickeln und zu optimieren.»¹⁵ EDK und Bundesrat lavieren derweil, hilflos und maximal unkongret, zwischen «nationaler Kohäsion» und «Unterricht stärken».

In den Kantonen indes hat sich der Wind gedreht. Insbesondere der Französischunterricht soll wieder später beginnen. Appenzell Ausserrhoden und Zürich haben entsprechende Motionen im Kantonsparlament bereits gutgeheissen. Im Thurgau, in Schwyz und St. Gallen sind Vorstösse hängig. Zu schlecht sind die Ergebnisse der Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK). Zu viele andere Studien und Erhebungen¹⁶ kommen ebenfalls zum Schluss: So wie bis anhin, d.h. mit dieser zeitlichen Staffelung, dieser niedrigen Exposition pro Woche, dieser Didaktik und diesen Lehrmitteln, kann es nicht einfach so weitergehen.

In den Kantonen hat sich der Wind gedreht. So kann der Fremdsprachenunterricht nicht weitergehen.

Was dabei gerne missverstanden oder willentlich missinterpretiert wird: «Niemand möchte Französisch aus der Schule verbannen, an der Wichtigkeit des gegenseitigen Verständnisses wird nicht gezweifelt. Nur gibt es gute Gründe, dass ein späterer Beginn von Vorteil ist.»¹⁷

Und dann gibt es noch einen weiteren, beeindruckend grossen Ele-

anten im Raum: Immer weniger Studierende, die Lehrpersonen werden wollen, entscheiden sich für Französisch, und zwar auf allen Stufen. Darauf wird es permanent schwieriger werden, qualifizierte Unterrichtende für das Französisch zu finden.

Die Fragen, welche die Leserinnen und Leser – sofern sie sich ein Urteil zutrauen – im Kontext der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts für sich beantworten können, lauten: Hat es sich für den Kanton Basel-Landschaft respektive die Schülerinnen und Schüler gelohnt, im Zuge von HarmoS und «Passepartout» den Beginn des Französisch- und Englischunterrichts früher einzusetzen zu lassen? Und: Beherrschten die Jugendlichen am Ende ihrer Volkschulzeit seit dieser Umstellung die Fremdsprachen besser als davor?

Die heutige Situation betreffend Sonderpädagogik und Integration

Die integrative Schule steht in mehreren Kantonen unter Druck. Besonders betroffen sind die Kantone Bern, Zürich, Aargau, Luzern, Basel-Stadt, Schwyz und Thurgau, wo ein starker

Trend zu mehr separierten Sonder-schulklassen beziehungsweise einer Platzierung von Sonderschülern und -schülerinnen in Privatschulen feststellbar ist.

Im Kanton Bern wurden im vergangenen Schuljahr 50 neue Sonderschulklassen eröffnet. Im Kanton Zürich wurden im gleichen Zeitraum fast 800 Sonderschüler und -schülerinnen in Privatschulen platziert, weil die integrativ-öffentlichen Kapazitäten nicht ausreichen. Der wachsende Anteil an Kindern und Jugendlichen, die nicht mehr im integrativ-öffentlichen Rahmen unterrichtet werden können, wird auf Faktoren wie Ressourcenmangel, Personalknappheit (fehlende Heilpädagoginnen und -pädagogen), Überlastung der Lehrpersonen oder komplexere Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zurückgeführt.

Um auch dies noch einmal ganz klar zu betonen: Niemals hat der LVB den grundlegend integrativen Charakter der Volksschule in Frage gestellt oder abgelehnt. Faktisch erbringt die öffentliche Schule permanent eine gewaltige Integrationsleistung. Heterogenität in Schulklassen ist selbstverständlich. Aber: Durch die Konzeption der vorzugsweisen integrativen Schullehre («alle zusammen im gleichen Klassenzimmer») wurde die Heterogenität noch einmal deutlich erhöht, und dies im Wissen, dass es an Personal fehlen würde. Vor einem sich dadurch verschärfenden Lehrpersonenmangel hatte der LVB schon vor der Abstimmung 2010 gewarnt.

Die öffentliche Schule erbringt permanent eine gewaltige Integrationsleistung.

Zudem deutet alles darauf hin, dass immer mehr Kinder zuhause nicht die erforderliche «Basis-Sozialisation» erfahren und es immer mehr psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen gibt. Regelklassen können das nicht alles auffangen. In Beratungsgesprächen des LVB kommen

oft Erschöpfung, Resignation und Verzweiflung zum Ausdruck. Lehrpersonen drohen unter der Last schwieriger Klassenkonstellationen, unkooperativer Erziehungsberechtigter sowie aufwändiger Absprachen inklusive Berichterstattung und Dokumentation zusammenzubrechen – oder verlassen den Beruf.

Speziell die stark verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler stellen für Lehrpersonen einen enormen Belastungsfaktor dar.

Als der LVB Ende 2022 unter seinen Mitgliedern die verschiedenen Belastungsfaktoren im Beruf erhob, zeigte sich folgendes Bild: «Für 82.4 % der Lehrpersonen der Primarstufe respektive 72.3 % der Sekundarschulen sind stark verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche ein Belastungsfaktor. Auch 70.6 % der Heilpädagoginnen und -pädagogen erleben das gleich.»¹⁸

Der LVB kam in der Auswertung dieser Mitgliederbefragung zum Schluss, dass mit der integrativen Schule in der bestehenden Form kaum jemand der Befragten zufrieden sei und leitete diese Forderungen ab: «1. Es sind mehr separative Angebote zu schaffen für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht massiv stören bis lahmlegen. 2. Die Schwellen, damit Lehrpersonen erfolglose Integrationen abbrechen können, müssen so niedrig ausgestaltet sein, dass der Leidensdruck auf die Beteiligten nicht schädigende Ausmasse annehmen kann [...]. 3. Absprachen zum Förderbedarf von Schülerinnen und Schülern sind auf das Notwendige zu reduzieren und Lernberichte zu straffen.»¹⁹

In der Berufszufriedenheitsstudie unseres Dachverbandes LCH im Jahr 2024 stuften die teilnehmenden LVB-Mitglieder fast alle Aspekte der integrativen Förderung als ungenügend ein und bestätigten so die zwei Jah-

re davor durchgeführte kantonale Erhebung. Der LVB hielt fest: «Der Leidensdruck und der daraus abzuleitende Handlungsbedarf sind unübersehbar.»²⁰

Die Fragen, welche die Leserinnen und Leser – sofern sie sich ein Urteil zutrauen – im Kontext der vorzugsweise integrativen Beschulung für sich beantworten können, lauten: Fällt die Bilanz dieses Systemwechsels aus den verschiedenen Perspektiven aller Schulbeteiligten (Kinder mit und ohne besondere Bedürfnisse, Regel- und Förderlehrpersonen) positiv oder negativ aus? Und: Hat sich die Behauptung der Pro-Seite bewährtheit, wonach im integrativen Setting die soziale Kompetenz aller Kinder steige?

Aussagen von Sabine Bucher und Markus Eigenmann

Nach dem ersten Wahlgang um die Nachfolge von Bildungsdirektorin Monica Gschwind lagen mit Sabine Bucher und Markus Eigenmann noch zwei Kandidierende im Rennen, die kumuliert vom gesamten politischen Spektrum unterstützt wurden: Sa-

Sowohl Sabine Bucher als auch Markus Eigenmann vertraten im Wahlkampf Positionen mit klassischen LVB-Argumenten.

noch unsagbar gewesen. Ihren Aussagen folgte kein Aufschrei, weder von links noch von rechts. Und ja, so manches erinnerte sehr stark an klassische LVB-Argumente.

Sabine Bucher: «Ich bin für die Abschaffung von Frühfranzösisch, damit auf der Primarstufe vertieft Deutsch unterrichtet werden kann und so alle Fächer in der Sekundarschule leichter fallen (insbesondere durch besseres Leseverständnis). Dann bleibt in der Sekundarschule mehr Zeit für intensiven Französischunterricht. Dadurch werden alle Fächer – auch Französisch – gestärkt.»²¹

Markus Eigenmann: «Unterdessen ist klar, dass die Ziele des Sprachenkonzepts insbesondere im Fach Französisch nicht erreicht werden – die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der Volksschule sind nicht gut genug. Es ist somit klar, dass

es Änderungen braucht. Ob das eine komplette Abschaffung des Französischunterrichts auf der Primarstufe oder ein späterer Beginn mit mehr Wochenlektionen sein wird, ist für mich noch offen.»²²

Sabine Bucher: «Reformen wie die integrative Schule [...] waren gut gemeint, haben aber in der Praxis zusätzliche Belastungen gebracht, ohne dass die Resultate messbar besser geworden wären. [...] Den Grundgedanken der integrativen Schule finde ich wichtig: Es soll nicht ausgegrenzt werden. So wie ich es heute erlebe, geschieht aber genau das teilweise sehr direkt und einzelne Kinder leiden darunter. Auch die Überforderung der einen und Unterforderung der anderen sind schwer aufzufangen.»²³

Markus Eigenmann: «Ich kann damit leben, dass nach Möglichkeit integrativ gearbeitet wird, aber nur so weit, wie dies pädagogisch, sozial und auch ökonomisch Sinn macht. In einigen Fällen ist eine separate Beschulung einerseits für das betreffende Kind, andererseits aber auch für die übrigen Kinder in der Klasse sinnvoller. [...] Dort, wo die integrative Beschulung derart viel Unruhe in die Klasse bringt, dass die übrigen Schülerinnen und Schüler dem Unterricht nicht mehr aufmerksam folgen können oder der Unterrichtsablauf stark gestört wird, sollen auch separate Lernformen zur Anwendung kommen können.»²⁴

Goethes Faust im Shitstorm

Halten wir fest: Im Jahr 2025 kann man im Kanton Basel-Landschaft als Regierungsratskandidat oder -kandidatin seine Vorbehalte oder Bedenken gegenüber den Frühfremdsprachen und der vorzugsweisen integrativen Schulung zum Ausdruck bringen, ohne deswegen einen Aufruhr zu erregen oder gar Gefahr zu laufen, die eigenen Wahlchancen zu schmälern – wohl eher im Gegenteil. Das ist ein gutes Zeichen.

Im Jahr 2010 hatte eine breite Allianz aus Politik, Verwaltung, Forschung, anderen Verbänden und vielen Medi-

bine Bucher primär von linker Seite bis zu ihrer GLP, Markus Eigenmann (FDP) hauptsächlich vom bürgerlichen Block. Was beide (!) Kandidierende im Wahlkampf hinsichtlich Fremdsprachenkonzept und integrativen Schule äusserten, wäre vor 15 Jahren wohl

Der Wind hat sich gedreht. Wie der Baselbieter Wahlkampf um die Nachfolge von Bildungsdirektorin Monica Gschwind im Herbst 2025 zeigte, sind Aussagen und Positionen des LVB aus dem Jahr 2010 mittlerweile salonfähig geworden – von links bis rechts.





en die Position vertreten und verbreitet, dass, wer halbwegs bei Trost sei, gar nichts gegen die Konkordate HarmoS und Sonderpädagogik vorbringen könne. Der LVB aber hegte begründete Zweifel, formulierte diese und fällte in Gestalt der Nein-Parole einen konsequenten Entscheid. Wie Goethes Faust hatte die LVB-Spitze die Botschaft wohl gehört, allein ihr fehlte der Glaube.

Für dieses vollkommen legitime Vorgehen wurde der LVB in einem Ausmass abgestraft und schlechtgemacht, das für mich bis heute schwer nachvollziehbar bleibt. 2011 wurde das Wort «Shitstorm» übrigens zum «Anglizismus des Jahres» im deutschen Sprachraum gewählt. Vielleicht hatte die zuständige Jury ja ins Baselbiet geschielt vor ihrem Entscheid.

- ¹ Roger von Wartburg: «Der Neue hat das Wort», lhb inform 2010/11-02
- ² Kanton Basel-Landschaft: Abstimmungsvorlagen 26. September 2010, S. 24-26
- ³ Kanton Basel-Landschaft: Abstimmungsvorlagen 26. September 2010, S. 43-44
- ⁴ Kanton Basel-Landschaft: Abstimmungsvorlagen 26. September 2010, S. 43
- ^{5,6,8} Bea Fünfschilling: Hauptargumente für ein Nein zu den Konkordaten «HarmoS» und «Sonderpädagogik», lhb inform 2010/11-01
- ⁷ Myrtha Michot: Protokoll DV/MV 2.2009/2010, lhb inform 2010/11-01
- ⁹ Roger von Wartburg: LVB-Basis lehnt Volksschule ohne Selektion ab – Mitgliederbefragung zeitigt deutliche Ergebnisse, lhb inform 2024/25-04
- ¹⁰ Thomas Dähler: Wie die Baselbieter Lehrer die Professoren vorführten, Basler Zeitung, 26. September 2014
- ¹¹ Simone E. Pfenniger und David Singleton: Beyond Age Effects in Instructional L2 Learning. Revisiting the Age Factor. Bristol: Multilingual Matters, 2017
- ¹² Anja Burri: «Ich war die perfekte Zielscheibe»: Als Simone Pfenniger das Frühfranzösisch infrage stellte, Tages-Anzeiger, 9. Oktober 2025
- ¹³ vgl. hierzu etwa die umfassende Zusammenstellung in: Urs Kalberer: Früher Fremdsprachenunterricht – Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema, lhb inform 2022/23-03
- ¹⁴ Raphael Berthele: Policy recommendations for language learning: Linguists' contributions between scholarly debates and pseudo-science, in: Journal of the European Second Language Association, 3 (2019)

- ¹⁵ Mirjam Egli Cuenat, Wilfrid Kuster, Sylvia Nadig, Kristel Ross, Vincenzo Todisco: Sprachenunterricht: zwei Fremdsprachen ab der Primarstufe, 27.03.2025
- ¹⁶ u.a. Susanne Zbinden: Leseverstehen mit altem und neuem Lehrmittel im Vergleich. Eine empirische Studie über das Verstehen von französischen Texten auf der Sekundarstufe I. Universität Freiburg (CH), 2017; Eva Wiedenkeller und Peter Lenz: Schlussbericht zum Projekt «Ergebnisbezogene Evaluation des Französischunterrichts in der 6. Klasse (HarmoS 8) in den sechs Passepartout-Kantonen», 2019; Christian Henzi: Clin d'oeil – Ein Lehrmittel in der Kritik, Eine umfassende Analyse des Französisch-Lehrmittels auf Sekundarstufe I, Masterarbeit an der PH FHNW, 2021
- ¹⁷ Sebastian Briellmann: Frühfranzösisch funktioniert nicht. Doch die Politik ignoriert die Realität – zum Schaden der Schüler, NZZ, 6. November 2025
- ^{18,19} Roger von Wartburg: Die LVB-Mitgliederbefragung «Belastungsfaktoren im Lehrberuf», lhb inform 2022/23-02
- ²⁰ Roger von Wartburg: Gutes Zeugnis für den LVB - Die LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2024, lhb inform 2024/25-02
- ^{21,22} Keystone-SDA: Die Schulpolitik aus Sicht der drei Baselbieter Kandidierenden, www.swissinfo.ch [abgerufen am 14. November 2025]
- ²³ Starke Schule beider Basel: Interview mit Regierungsratskandidatin Sabine Bucher, www.starke-schule-beider-basel.ch [abgerufen am 14. November 2025]
- ²⁴ Starke Schule beider Basel: Interview mit Regierungsratskandidat Markus Eigenmann, www.starke-schule-beider-basel.ch [abgerufen am 14. November 2025]

Das Wichtigste in Kürze

Vor 15 Jahren wurde im Kanton Basel-Landschaft über die Beitrete zu den Konkordaten «HarmoS» (inklusive Frühfremdsprachen) und «Sonderpädagogik» (vorzugsweise integrative Schulung) sowie eine Harmonisierung im Bildungsraum Nordwestschweiz (NWCH) abgestimmt.

Der LVB sagte Ja zur Harmonisierung im Bildungsraum NWCH, gab aber die Nein-Parole zu den beiden Konkordaten aus. Dies sorgte für grosses Aufsehen. Eine breite Allianz aus Politik, Verwaltung, Forschung, Medien und anderen Verbänden betrachtete ein Ja als einzige vertretbare Haltung.

Die Baselbieter Stimmbevölkerung nahm am 26. September 2010 alle drei Vorlagen an, am deutlichsten die Harmonisierung im Bildungsraum NWCH, die auch der LVB bejaht hatte.

Eine Austrittswelle erfasste den LVB. Mitglieder der Geschäftsleitung wurden teilweise massiv angefeindet.

Innerhalb kurzer Zeit kam es zu einem umfassenden personellen Umbruch.

Wie es sich zeigt, hat sich der Wind seither gedreht. Der (sehr) frühe Beginn des Fremdsprachenunterrichts steht unter grossem politischen Druck. Die zum Ziel gesetzte Harmonisierung wurde, wenn überhaupt, nur teilweise erreicht. Die integrative Schulung leidet dauerhaft unter Mangel an qualifiziertem Personal und stellt einen grossen Belastungsfaktor für viele Lehrpersonen dar.

Die beiden Kandidierenden des zweiten Wahlgangs zur Nachfolge von Bildungsdirektorin Monica Gschwind, namentlich Sabine Bucher und Markus Eigenmann, vertraten im Wahlkampf zu den genannten Themen Positionen, die stark an die Argumentarien des LVB von 2010 erinnerten.

Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliches Handeln ist für uns selbstverständlich – schliesslich gehörten Gewerkschaften und Genossenschaften zu unseren Gründern. LCH und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/lch



*Die Bank Cler schenkt Ihnen als LCH-Mitglied 10% Bonus auf Ihre Einzahlungen in die Anlagelösung, die 10000 CHF übersteigen. Bis maximal 500 CHF pro Jahr. Dieses Angebot gilt in den ersten beiden Jahren, nachdem die Bank Cler Sie als Mitglied erfasst hat. cler.ch/lch

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und die wesentlichen Anlegerinformationen. Sie können diese kostenlos auf unserer Webseite unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Der Kaiser ist nackt

Wo: Anzeiger Biel-Bienne

Wer: Alain Pichard

Wann: 28. Oktober 2025

Was haben die Grossrätinnen Pauline Pauli (FDP) und Oriana Pardini (SP) gemeinsam? Sie setzen sich für das Frühfranzösisch ein und sorgen sich um den nationalen Zusammenhalt. Von Frau Pardini konnte ich kürzlich den Satz lesen: «Wer das Frühfranzösisch streicht, sägt am Fundament der Schweizer Einheit.» (Bieler Tagblatt, 22.09.25) Und Frau Pauli meinte in ihrer Kolumne: «Mehr denn je muss der Kanton Bern seine Rolle als zweisprachiger Kanton wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen, um den nationalen Zusammenhalt zu sichern.» (Bieler Tagblatt, 29.09.25)

Natürlich verfüge ich nicht über die beeindruckenden staatsrechtlichen Kenntnisse dieser beiden Damen. Aber als Französischlehrer mit über 40-jähriger Praxis kann ich etwas über Pädagogik und die Wirksamkeit des Sprachunterrichts beisteuern. Wer Kindern bereits mit acht oder neun Jahren eine Fremdsprache zumutet, ignoriert die kognitive Entwicklung: Zu diesem Zeitpunkt fehlen ihnen die Fähigkeiten, abstrakte Grammatikregeln zu verstehen oder Lernstrategien gezielt anzuwenden. Die Entwicklungspsychologie zeigt, dass Kinder erst ab etwa 11 Jahren Sprachen bewusst, systematisch und strategisch lernen können, weil sie dann abstrakte sprachliche Konzepte erfassen.

Dies war bereits 2007 bekannt. Die Sprachforscherin Simone Pfenninger hatte vor Einführung des Frühfranzösisch in einer Langzeitstudie nachweisen können, dass Frühstarter gegenüber den späteren Jahrgängen am Schluss keinerlei Vorteile bei den Sprachkenntnissen hätten. Sie wurde von den Bildungspolitikern als unwissenschaftlich diffamiert und kaltgestellt. Die Tages-Anzeiger-Journalistin Anja Burri berichtete vor kurzem über diesen handfesten Skandal.

Das Ignorieren entwicklungspsychologischer Tatsachen und didaktischer Prinzipien sind die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Frühfranzösisch ab der 3. Klasse. Vor allem aber ging man von völlig falschen Prämissen aus. Man fabulierte ein Sprachbad herbei, das aber mit drei Wochenlektionen gar nicht möglich war. Die Gesamtzahl der Lektionen wurde nicht verändert. Man verpflanzte die Lektionen von der Mittelstufe einfach in die Unterstufe, wo sie aus obgenannten Gründen komplett unsinnig waren. Dazu kam, dass man in den Passepartout-Kantonen, in denen Französisch als erste Fremdsprache unterrichtet wird, ein vollkommen untaugliches Lehrmittel verwendete.

Mit dem sturen Festhalten gegen jegliche pädagogische Vernunft erweisen die Befürworter des Französischunterrichts ihrer so leidenschaftlich verteidigten Sprache einen Bären>dienst. Sie sind für das Debakel und den Bedeutungsverlust der französischen Sprache mitverantwortlich.

Die Resultate sind nicht nur schlecht, wie selbst Frau Pauli zugibt, sie sind desaströs. Nur die Hälfte der Schülerinnen und Schüler erreicht nach neun Schuljahren die Grundkompetenzen. Einfach, damit es wirklich alle verstehen: Die Grundkompetenzen sind Minimalziele, darunter geht nichts mehr. Und für unsere französischsprachigen Freunde sei festgehalten: Bei euch sind die Resultate im Frühdeutsch genau gleich schlecht. Es geht also nicht darum, das Französisch abzuschaffen, wie es Frau Pardini insinuiert. Es geht darum, es zu stärken. Mit der Verschiebung des Französischunterrichts auf die 5. Klasse, dafür mit mehr Lektionen, wird der Unterricht dorthin verlegt, wo er viel wirksamer ist.

Mit dem sturen Festhalten gegen jegliche pädagogische Vernunft erweisen die Befürworter des Französischunterrichts ihrer so leidenschaftlich verteidigten Sprache einen Bären>dienst. Sie sind für das Debakel und den Bedeutungsverlust der französischen Sprache mitverantwortlich. So finden wir immer weniger Lehrpersonen, die Franzö-



© stock.adobe.com

Die Krux ist, dass die Politiker, die PH-Dozenten, Bildungsverbände oder die Journalisten, die sich damals für das Frühfranzösisch aussprachen, zugeben müssten, dass man einen Fehler gemacht habe.

sisch an der PH studieren wollen. Vor allem aber gefährden sie das Primat des Französischunterrichts vor dem Englisch, das der Schreiber hier ebenso leidenschaftlich verteidigt. Wer das Französisch als Schulfach und auch als kulturellen Bestandteil retten will, der muss den Irrtum, der vor 12 Jahren begangen wurde, korrigieren und nicht zementieren.

Die Krux ist, dass die Politiker, die PH-Dozenten, Bildungsverbände oder die Journalisten, die sich damals für das Frühfranzösisch aussprachen, zugeben müssten, dass man einen Fehler gemacht habe. Man steckt in der Concorde-Falle. Sie erinnern sich, das ist das berühmte Überschallflugzeug, von dem man bereits vor dem Jungfernflug wusste, dass es nie-

mals rentieren würde. Beim Projekt «Frühfranzösisch» ist es ähnlich: Es wurden Millionen Franken ausgegeben, es wurden zahlreiche Lehrerinnen mit einer ungenügenden Ausbildung in einen wirkungslosen Französischunterricht geschickt. Sogar die nationale Harmonisierung der Lehrpläne wurde geopfert. Und das soll jetzt alles umsonst gewesen sein?

Für den nationalen Zusammenhalt ist nicht wichtig, wann die Schüler mit dem Französisch beginnen, sondern wie gut sie es am Ende der Schulzeit können.

«Der Kaiser ist nackt» und mangels Argumente versucht man es nun mit dem nationalen Zusammenhalt! Aber für den nationalen Zusammenhalt ist nicht wichtig, wann die Schüler mit dem Französisch beginnen, sondern wie gut sie es am Ende der Schulzeit können.

► weitere Perle auf S. 28

Lichtblick

Tolle Zeit

von Roger von Wartburg

Unterrichten heisst: mit jungen Menschen arbeiten. Das kann erfüllend und kreativ sein, aber auch anstrengend und belastend. Zu manchen Schülerinnen und Schülern findet man rasch einen Draht, bei anderen fällt es schwerer. Es gibt Lernende, die sich Lehrpersonen gegenüber öffnen, doch auch solche, die sich verschlossen zeigen.

Das soziale Miteinander ist wahnsinnig komplex, von unzähligen Faktoren abhängig und auch verschiedenen Entwicklungsphasen unterworfen. Manchmal stellt man erst im Nachhinein fest, was man aneinander hatte – oder versteht das Verhalten des Gegenübers nur mit zeitlicher Verzögerung.

Zeichen der Wertschätzung sind in unserem Beruf ungemein kostbar. Wenn wir als Lehrpersonen Glück haben, werden uns von Zeit zu Zeit welche zuteil. Letzten Sommer durfte ich so etwas erleben. Zwei Schülerinnen, die sich für das schulinterne bilinguale Angebot entschieden



© stock.adobe.com

und nach zwei Jahren Progymnasium meine Klasse verlassen, überreichten mir zum Abschied – und zu meiner grossen Freude – das folgende Gedicht, das von einer präzisen Beobachtungsgabe und Sinn für Humor zeugt:

Dossiers hier, Dossiers da, Dossiers überall
Auch in Englisch bauen Sie Geschichte ein – wie den Mauerfall
Kommt der Satz: «Jede muess läse!»
Folgt schon bald: «Jetzt hopp de Bäse!»
Gibt's einen guten Schnitt, kriegen wir Applaus
Der Sichtschutz gehört über's Tischende hinaus
«Have a break» immer für fünf Minuten
Schlechte Tests erzeugen Zahnfleischbluten
Wir sind für die neue Klasse bereit
Die zwei Jahre mit Ihnen waren 'ne tolle Zeit

Langfristig denken, nicht kurzfristig sparen!

Grosse Veränderungen am Zentrum für Brückenangebote (ZBA BL)

von Michèle Blauboer, Daniel Gerber, Simon Handschin und Martin Loppacher

Das ZBA BL hat sich als Schule in den letzten 15 Jahren aus der DMS 2 über die BVS 2 und das Schulische Brückenangebot SBAPlus modular zum jetzigen Zentrum mit verschiedenen Profilen weiterentwickelt. Es wurde erfolgreich vom Kaufmännischen Verband im Auftrag des Kantons geführt. Im Herbst 2024 kündigte der Kanton im Rahmen der Anpassung der Finanzstrategie an, die Leistungsvereinbarung nicht mehr zu verlängern und ab 1. Januar 2027 das ZBA BL zu kantonalisieren und dem Berufsbildungszentrum (BBZ BL) anzugehören. Die Hoffnung ist, von besseren Firmenkontakten zu profitieren, damit mehr Brückenpraktikumsverträge abgeschlossen werden können.

Kurzportrait

«Wir fördern und beraten Jugendliche ohne Anschlusslösung nach der Sekundarschule. Bei uns finden sie Zeit und Raum, um wichtige Kompetenzen für eine Berufslehre (EBA oder EFZ) zu entwickeln: Sie schliessen schulische Lücken, übernehmen Verantwortung und haben erste praktische Erfahrungen gemacht. Mit dem

Überqueren unserer Brücke werden aus Schülerinnen und Schülern junge Erwachsene, die zuversichtlich den Schritt in die Berufswelt gehen.

Das Ziel ist klar: Nach dem ZBA BL sollen alle Lernenden eine Berufslehre starten, die zu ihnen passt.»¹ So wird das Angebot bisher auf der Website der Schulen kvBL präsentiert.

Die bisherigen Profile sollen in Zukunft wegfallen

Das **Schulische Profil**, ein rein schulisches Angebot, richtet sich an Lernende aus den Sek-Niveaus A und E, die trotz Bemühungen noch keine Lehrstelle gefunden haben oder sich ihrer Berufswahl noch nicht sicher sind. Sie werden entweder im Niveau «A+» oder «E+» unterrichtet,



wobei das Plus für etwas über den Sekundarstoff hinausgehende Lernziele steht. Es existieren vier Spezialisierungen (Technik-Elektronik-Informatik, Handwerk-Gestalten, Soziales-Gesundheit, Administration-Organisation), die eine Vorbereitung auf das angestrebte Berufsfeld darstellen.

Im **Kombinierten Profil** sind die Lernenden an zwei Tagen am ZBA BL und an den anderen drei Tagen absolvieren sie ein Brückenpraktikum. Daran angeschlossen ist die Integrationsvorlehre INVOL (integratives Brückenpraktikum) für spätmigrierte junge Erwachsene bis 40 Jahre. Diese haben an den zwei Schultagen, neben anderen Fächern, intensiven DaZ-Unterricht.

Zudem gibt es für Lernende, welche keinen Praktikumsplatz finden, auch die so genannte Interne Praxis. Die Lernenden arbeiten während fünf Tagen alltagsnah an der Schule und wenden schulisches Wissen in gemeinsamen Projekten praktisch an.

Das **Integrative Profil** wird für spätmigrierte Jugendliche und Erwachsene (bis maximal 25 Jahre), die schon über grundlegende Deutschkenntnisse (GER A2) verfügen, geführt. Diese Lernenden erweitern ihr Sprach- und Schulwissen mit dem Ziel, im Anschluss erfolgreich eine EBA- oder EFZ-Lehre absolvieren zu können. Der Kanton beabsichtigt dieses bisher zweijährige Angebot künftig nur noch einjährig anzubieten.

Das **IAV Sek II** ist einerseits für spätmigrierte junge Erwachsene zwischen 16 und 18 Jahren gedacht, die entweder nicht in unserer Schrift alphabetisiert wurden oder gar nicht lesen und schreiben können, andererseits für Lernende, deren Deutschkenntnisse unter dem Sprachstand A2 liegen. Fest im Bildungsgesetz verankert, soll es in der bisherigen Form weitergeführt werden.



Für weitere Informationen:

Unterstützung der Lernenden am ZBA BL

Die Klientel des ZBA BL besteht aus Lernenden mit mehr als den üblichen Schwierigkeiten im Leben: problematische Persönlichkeitsentwicklung, familiäres Umfeld, Belastungen durch Kriegs- und Fluchterfahrungen, zu hochgesteckte Berufswünsche. Dadurch wurde eine erfolgreiche Berufsfindung in der Sekundarschule verunmöglicht. Lernende aus sozioökonomisch privilegierten Gesellschaftsschichten sind in der absoluten Minderheit.

Allgemeingültige Strukturmerkmale am Zentrum für Brückenangebote sind also die Heterogenität, die Volatilität und der Anspruch der hier Arbeitenden, die unterschiedlichsten und teilweise sehr belasteten Biografien von Lernenden in die alltägliche Arbeit zu integrieren. Dementsprechend bedeutet Integrationsarbeit, ganzheitlich und eng vernetzt zu arbeiten: Die Lernenden werden nicht nur auf der schulischen, sondern auch auf der sozialen und psychosozialen Ebene ermächtigt und gefördert. Dafür braucht es die Inhouse-Kompetenz, bestehend aus Klassenlehrpersonen, Berufsberatung, Heilpädagogik, Lerncoaching sowie Schulsozialarbeit. Das ist ein zentraler Bestandteil des bisherigen Erfolgs, denn bei Krisen kann rasch gehandelt werden, was der Vermittlung in eine Berufsausbildung zu Gute kommt.

Inhouse-Kompetenz, bestehend aus Klassenlehrpersonen, Berufsberatung, Heilpädagogik, Lerncoaching sowie Schulsozialarbeit, ist ein zentraler Bestandteil des Erfolgs.

Das neue Konzept: Alles ein Jahr – mehr kombinierte Angebote?

Mit der Übernahme des ZBA BL soll nicht mehr zwischen Integrationsklassen und Klassen aus Jugendlichen mit Schweizer Schullaufbahn unterschieden werden. Dass dabei nicht nur Partnerfirmen für mehrere hundert Praktika- oder Integrationsvorlehrten fehlen, sondern auch die Klientel zu einem grossen Teil noch gar nicht bereit oder in der Lage ist, sich für einen Beruf zu entscheiden, wurde bisher kaum in den Blick genommen.

Bei Schuljahresstart 2025 hatten allerdings im Kombinierten Profil rund 80 % der Lernenden noch keinen Praktikumsplatz. Um die Betroffenen an den drei «Betriebstagen» trotzdem «irgendwie» zu fördern und ihnen zu helfen, einen Praktikumsplatz zu finden, musste ein separates Programm zusammengestellt werden. Dabei zeigte sich die Problematik der Durchmischung der Klassen mit Lernenden mit und ohne Praktikum. Aktuell haben immer noch sehr viele keinen Praktikumsplatz. Die Suche nach diesen Plätzen gestaltet sich auch schwierig, weil die Betriebe zum einen die Kapazität zur Betreuung solcher Lernenden nicht haben und zum anderen dabei sind, die auf August 2026 ausgeschriebenen Lehrstellen zu besetzen.

Das zweite Jahr im bisherigen Integrativen Profil soll weitgehend entfallen. Eine Streichung des zweiten integrativen Jahres hätte massive Folgen: Nicht alle Lernenden schaffen es, innerhalb eines Jahres vom Sprachstand A2 zum B1 in Deutsch zu gelangen, der die Voraussetzung für eine erfolgreiche EBA-Lehre bildet. Für die EFZ-Lehre gilt ein Sprachstand B2 als Voraussetzung für einen erfolgreichen Besuch der Berufsschule. Starke Lernende, die z.B. in ihren Heimatländern weiterführende Schulen oder Gymnasien besuchten, müssten den Weg über eine EBA-Ausbildung nehmen, was nicht ihrem Potenzial entspricht. Sonst würde ihnen allenfalls noch die Integrationsvorlehre INVOL als zweites Jahr zur Verfügung stehen.

Die Jugendlichen sind zum Teil von der Flucht traumatisiert, leben als UMA's in prekären Verhältnissen², leiden an psychischen Krankheiten oder sind schulungsgewohnt. Vor allem für traumatisierte junge Menschen ist

Berufsberatung am ZBA BL

«Die Berufsvorbereitung ausbauen»: Als ich 2001 als Berufsberater mit diesem Kantonsauftrag an die damaligen KV-Schulen Muttenz geholt wurde, war für mich klar, mit Ablauf der zweijährigen Projektdauer würde ich in ein klassisches BIZ zurückkehren. Bald 25 Jahre später bin ich immer noch hier und überzeugt von unserer Aufbauarbeit. Wir sind am ZBA BL inzwischen ein Team von vier Berufsberatenden mit rund 250 Stellenprozenten. Um diese Zahl einordnen zu können: Wir arbeiten im aktuellen Schuljahr mit rund 350 jungen Menschen. Das Beratungsangebot ist niederschwellig, optimal vernetzt, nahe am Geschehen und zugeordnet auf die Klassen. Dies gewährleistet, dass niemand «durch die Maschen fällt» und die verlangte Anschlussquote erreicht wird. Die Anspruchsgruppen sind in diesen Jahren nicht einfacher geworden: Flüchtlingswelle 2015; junge Menschen aus der Ukraine seit 2022; Zunahme von Wirkfaktoren psychologisch-psychiatrischer Ursache.

Die stetige, enge und massgeschneiderte beraterische Begleitung der jungen Menschen mit hinderlicher Ausgangslage und spezifischen Bedürfnissen ist zentral, gerade für den möglichst stabilen Einstieg in die berufliche Grundbildung. Dass diese Begleitung nur vor Ort greifen kann, versteht sich von selbst. Die engmaschige Zusammenarbeit mit den erfahrenen und äusserst engagierten Klassen- und Fachlehrkräften (die notabene «problemloser» auf ganz anderer Stufe unterrichten könnten) ist Basis dafür, dass sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der richtigen Schrittgrösse und zunehmend selbständig vorwärtsbewegen.

Abschiednehmen von überhöhten Vorstellungen, realistische Ziele aufbauen, Ressourcen sichtbar machen und festigen, die Chancen im schweizerischen Berufsbildungssystem verstehen – all dies erfordert Zeit. Eine generelle Halbierung der benötigten Zeitspanne für solche Stabilisierungs- und Entwicklungsprozesse im integrativen Profil wird den jungen Menschen und letztendlich den politischen Erwartungen alles andere als dienlich sein: Zum Heranführen an die Ansprüche einer Grundbildung auf Atteststufe EBA reichen netto zehn Monate nicht, die Notwendigkeit von genügend fundierten Deutschkenntnissen noch nicht mal einberechnet. Kurzum: Im Integrationsbereich ist kürzer nicht billiger!

Als Berufsberater bin ich von der Wichtigkeit praktischer Erfahrungen überzeugt. Bei der zukünftigen Ausrichtung des ZBA BL auf einen möglichst schnellen Einstieg in Praktikumsgefässe muss man sich der obgenannten Faktoren jedoch bewusst sein. Wir benötigen mehrere hundert zusätzliche Praktikumsplätze in der Wirtschaft, vor allem bei qualifizierten Lehrbetrieben. Diese werden (so befürchte ich, trotz erlebtem Goodwill seitens bisheriger Brückenpraktikumspartner) nicht «einfach so» bereit sein, im geforderten Mass mitzuwirken. Natürlich geht man im Idealfall von «Selbstläuferinnen und Selbstläufern» aus. Die Realität zeigt jedoch bis anhin, dass die Ausbildungsbetriebe auf mehreren Ebenen zusätzlich gefordert, und die Selektionskriterien entsprechend hoch sind. Für die Wirtschaft wird sich die Frage nach dem «echten Gegenwert» stellen.

Schlussfolgerungen:

- Wird die schulische, pädagogische und beraterische Aufbauarbeit in den zukünftigen Brückenangeboten zu stark beschnitten, sind für junge Menschen, die auf wackligen Beinen stehen, die Anschlussfähigkeit und die nachhaltige Weiterentwicklung im schweizerischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt gefährdet. Kurzfristige Spareffekte und vermeintliche politische Erfolge werden mittel- und langfristig Mehrkosten auslösen.
- Mit der Aushöhlung des bisherigen erfolgreichen Schulungs- und Begleitungskonzepts besteht die grosse Gefahr, dass erfahrene Lehrkräfte und Fachpersonen das ZBA BL bereits in den nächsten Monaten verlassen. Es wird diese aber nach wie vor dringend benötigen, und man wird sie für die anspruchsvolle Arbeit mit spezifischem Publikum nicht einfach ersetzen können ...
- Das Beratungsangebot vor Ort mit der notwendigen Feinabstufung (Sozialarbeit, Lerncoaching usw.) ist unbedingt beizubehalten. Von «auswärts» und mit allenfalls «branchenfremdem» Personal wird dies nicht funktionieren.

DANIEL GERBER
BERUFSBERATER ZBA BL

es wichtig, dass sie zuerst ihre Probleme in den Griff bekommen, damit sie überhaupt in eine Lehre starten können. Je besser die Lernenden vorbereitet sind, desto höher die Chan-

ce, dass sie ihre Lehre abschliessen und gute Arbeitnehmende im Kanton werden. Im Kanton Basel-Stadt dauert das Integrative Profil am ZBA BS weiterhin zwei Jahre.

Finanziert der Kanton die Integration künftig nicht mehr über zwei Jahre, werden die Kosten auf die Gemeinden abgewälzt, die entweder Alternativen finanzieren müssen oder die

Finanziert der Kanton die Integration künftig nicht mehr über zwei Jahre, werden die Kosten auf die Gemeinden abgewälzt, die entweder Alternativen finanzieren müssen oder die Folgen fehlender Ausbildungsabschlüsse über eine Mehrbelastung ihrer Sozialhilfeausgaben zu tragen haben werden.

Folgen fehlender Ausbildungsabschlüsse über eine Mehrbelastung ihrer Sozialhilfeausgaben zu tragen haben werden.

Im September wurde bekannt, dass der Kanton das Inhouse-Beratungskonzept in Frage stellt. Damit verlässt das ZBA BL seine Hauptstützpunkte, um seine Lernenden adressatengerecht zu unterstützen, zu fördern und zu bilden (vgl. Kasten Berufsberatung und Sozialberatung).

Der Personalübergang

Von der Übernahme betroffen sind knapp 100 Angestellte. Die bisher privatrechtlich nach OR abgeschlossenen Verträge können nicht direkt in öffentlich-rechtliche Verträge umgewandelt werden, da die Einreihung ins kantonale Lohnsystem stimmig erfolgen muss. Dafür wurde eine neue Modellumschreibung nötig, welche vom Regierungsrat per 1. Januar 2026 zusammen mit einem Personalübergrevertrag zwischen den Schulen

kvBL und dem Kanton in Kraft gesetzt werden soll. Letzterer regelt die Details des Übergangs.

Auf dieser Basis werden alle Mitarbeitenden im Februar 2026 ein Vertragsangebot des Kantons erhalten, das sie innert Monatsfrist annehmen oder ablehnen können. Bei Ablehnung endet das Arbeitsverhältnis mit den Schulen kvBL am 31.12.2026 (für Lehrkräfte am Ende des ersten Semesters). Bei Annahme untersteht der Vertrag ab 1. Januar 2027 dem Personalrecht des Kantons. Drei der vier Schulleitungsmitglieder haben sich entschieden, das ZBA BL zu verlassen.

Fazit

Ganz viele Lernende machen am ZBA BL den berühmten «Knopf auf» und

können in eine erfolgreiche Berufsausbildung starten und diese abschliessen. Das hat nur Vorteile für alle im Kanton Basel-Land, denn aus den Lernenden werden zukünftige Steuerzahrende, die nicht (mehr) von Sozialhilfe abhängig sind. Deshalb ist es essentiell, auch weiterhin in diese Jugendlichen zu investieren und die enge Verzahnung von Beratung und Wissensvermittlung sicherzustellen.

¹ <https://zba.kvbl.ch/zba/startseite.html>
(02.10.25)

² Sobald die UMA 18 Jahre alt sind, dürfen sie im Kanton Basel-Land nicht mehr in geschützten Wohnheimen leben, sondern sie müssen eine eigene Wohnung suchen.

Sozialberatung am ZBA BL

Im ZBA BL arbeitet ein Team aus drei Sozialarbeiterinnen, welches den Lernenden, den Lehrpersonen, sowie der weiteren Belegschaft in den vielfältigen Themenfeldern der Sozialen Arbeit beratend zu Seite steht. Wichtig ist, dass dies vor Ort situiert ist: im Schulgebäude, niederschwellig, fünf Tage in der Woche und vernetzt mit Sozialdiensten von Gemeinden, Psychiatrien, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, kantonalen Fachstellen, Ämtern und Behörden. Die Zahlen sprechen für das Angebot: Rund ein Drittel aller Lernenden nutzt dieses regelmässig.

Jede Belastung, jedes Problem wird in der Schulsozialberatung des ZBA BL aufgenommen, angeschaut, behandelt, triagiert. Die Themenvielfalt reicht von klassischen Stresssymptomen aufgrund von Belastungen, Mobbing-Erfahrungen, häuslicher Gewalt, Suchtthemen, Armut, bis hin zu dramatischen Fluchtgeschichten, welche weitreichende Traumata mit sich bringen. Die systemische, ressourcenorientierte und vor allem ganzheitliche Sichtweise der Schulsozialberatung hilft dabei, junge Menschen mit nicht nur linear verlaufenen Bildungsbiografien in die Gesellschaft zu integrieren. Dies geschieht in stetiger und enger Zusammenarbeit mit allen am ZBA BL wirkenden Fachper-

sonen. Alle wissen: Wenn wir als Schule, aber auch als Gesamtgesellschaft in diese jungen Menschen mit ihren Problemen investieren, an sie glauben und das Beste in ihnen herausholen, sparen wir der Gesellschaft extreme Folgekosten.

Die geplanten Veränderungen könnten das Selbstverständnis gefährden, die jungen Lernenden umfassend zu unterstützen. Mit diesem Umbau und dem erachteten Sparpotenzial droht ein gut eingespieltes und erfolgreiches Integrationsangebot zerstört zu werden. Jede Stelle, jedes Angebot, jedes fachliche Konzept ist die Reaktion auf ein Bedürfnis der Zielgruppe, welchem man schnell und unkompliziert nachgekommen ist. Wenn der Kanton das ZBA BL nun ins BBZ BL integriert, wird sich die klassische ZBA-Klientel nicht in Luft auflösen, sie dürfte im Gegenteil noch sichtbarer werden. Es braucht darum sorgfältige und nachhaltige Anpassungen, keine schnellen Sparübungen mit unreflektiertem Abbau des dringend benötigten Supports.

SIMON HANDSCHIN
SOZIALARBEITER FH/SOZIALBERATUNG ZBA BL



Jetzt profitieren

Wir sind Partner des LCH.

Profitieren Sie als Mitglied des LCH von 15% Prämienrabatt auf die Spitalzusatzversicherung dank der Partnerschaft mit Visana. Beantragen Sie bis zum 31.12.2025 eine Offerte oder einen Beratungstermin und Sie erhalten von uns als Dankeschön einen Coop-Gutschein im Wert von CHF 30.-.



Jetzt QR-Code scannen und profitieren:
visana.ch/kollektiv/lch
Telefon 0848 848 899

Versicherungen **VISANA**

Perle 2: Wer hat die Definitionsmacht über die Schulen übernommen?

Wo: SICHTWEISENSCHWEIZ.CH

Wer: Carl Bossard, interviewt von Beat Schaller

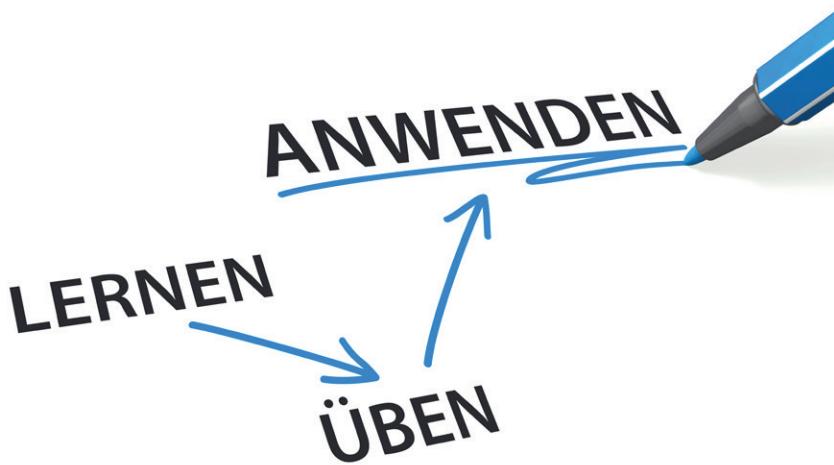
Wann: 13. November 2025

«Vieles im pädagogischen Alltag kann auf drei Punkte reduziert oder durch drei geteilt werden. Wir kennen es beispielweise vom pädagogischen Dreieck mit der Lehrperson, den jungen Menschen und den Lerninhalten her. Hier drin, in diesem Dreieck, vollziehen sich die kognitiven und sozialen Lernprozesse der jungen Menschen: eine Trias. Pestalozzi hat es mit seinem pädagogischen Dreiklang Kopf – Herz – Hand vorgemacht. Er wusste, wie wichtig Bildung für junge Menschen ist und dass man alles zusammen entwickeln muss: die Gefühle im Herzen, den Scharfsinn im Kopf und die Geschicklichkeit der beweglichen Hand. [...]»

Wichtig sind eben, wie es Pestalozzi gelehrt hat, die «drei grossen G»: Grundwissen, Grundfertigkeiten, Grundhaltungen. Eine pädagogisch-didaktische Trias, die gar nicht veralten kann, weil sie so etwas wie ein Nonplusultra darstellt. Unsere Kinder müssen etwas wissen, sie müssen etwas können, und beides zusammen soll sie besser denken und handeln lassen. Nur so, durch die Mikroprozesse des Lernens, entsteht das, was fundamental und in Zeiten von Fake News, KI und Chat-GPT geradezu unabdingbar ist: Bildung als «Unverführbarkeit». So hat es der deutsche Philosoph Hans Blumenberg formuliert. Das aber setze elementare Grundkompetenzen wie Lese- und Denkfähigkeit voraus. Sie sind das Ergebnis systematischen Lernens und kreativen Arbeitens. Das muss das Ziel der Schule sein.

Und noch etwas scheint mir ganz wichtig und aktuell. Pestalozzi hat als einer der ersten vom individuellen Lernen weggeführt und einen gemeinsamen Unterricht eingeführt. Bis dahin lernte jedes Kind irgendwie für sich und mit eigenen Hilfsmitteln. Das Miteinander-Lernen für eine gemeinsame Welt: etwas Revolutionäres! Heute lösen wir übers individualisierte Lernen die Klassengemeinschaft tendenziell wieder auf. Und wenn es nach der Bertelsmann-Stiftung und den IT-Konzernen geht, lernt in Zukunft jede Schülerin für sich, jeder Schüler allein, alle isoliert und mit digitalen Geräten in ihren eigenen Lernboxen. Die Klasse als Sozialraum existiert nicht mehr. Eine problematische Reform! [...]»

Das «Neue» gilt vielen schon als das Bessere und dem «Altten» eo ipso Überlegene. Das versteht sich; niemand will als altbacken gelten. Die Pädagogik ist dafür besonders anfällig und mit ihr die Bildungspolitik – aus Sorge, nicht mehr zeitgemäß zu sein. Vergessen gehen die anthropologischen Konstanten, ignoriert wird das, was immer gilt – weil wir Menschen sind. Die menschliche Evolution ist eben nicht mit der technischen Innovation gleichzusetzen. Doch das geschieht. Und wo nicht mehr nachgedacht wird, da wird vorgedacht – mit neuen Begriffen und Slogans: «Neues Lernen» beispielsweise oder «Neue Lernkultur», auch «Neue Autorität».



«Das Üben hat – vor allem an den Pädagogischen Hochschulen – einen schalen Beigeschmack. Aus der Gedächtnisforschung aber wissen wir, dass Üben und Festigen das Zentrale, das Grundlegende des Lernens sind.»

Bei der Reformkaskade der vergangenen Jahre ging zudem vergessen, was der Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger als das «Gesetz der nicht beabsichtigten Nebenwirkungen» bezeichnet hat. Ich nenne ein Beispiel: Wenn wir etwas ausdehnen, minimiert sich der Gegenvektor, das Üben: Über die frühen Fremdsprachen haben wir die Inhalte in der Primarschule ausgedehnt. Dafür reduziert und minimiert sich die Zeit fürs Festigen, fürs Automatisieren und Anwenden. Wir können nicht beide Vektoren gleichzeitig maximieren: die Inhalte ausdehnen und zugleich auch das Üben erweitern. Das Gesetz der Gegenbuchung! [...] Die Folgen zeigen sich in den sinkenden Lernleistungen wie dem verstehenden Lesen oder dem kohärenten Schreiben. [...]

Die Schule hat es heute schwerer als noch vor einigen Jahren. Sie hat viele ihrer stillen Verbündeten verloren – jene Gratiskräfte, die einst selbstverständlich mitwirkten: beispielsweise das Mitziehen der Eltern, ihr subsidiäres schulisches Wirken zu Hause. [...] Manche Eltern räumen ihren Kindern alle Steine aus dem Weg. Nicht mehr jedes Kind hat darum das Recht, nicht verwöhnt zu werden. Doch Lernen ist anstrengend, verlangt Einsatz und Ausdauer. In diesem Sinne muss die Schule gegenhalten, manchmal sogar eine Gegenwelt aufbauen. Das gehörte schon immer zu ihrem Auftrag. Stark wird ein junger Mensch am Widerstand [...].

Weil diese Kräfte aus dem Elternhaus schwächer werden, muss die Schule heute stärker gegenläufig wirken, Gegenkräfte aktivieren. Das ist anspruchsvoll. In seinem Erziehungsbuch plädiert der Dichter Jean Paul dafür, Kinder auch gegen den Zeitgeist zu erziehen, weil er ohnehin genug Wirkung entfalte. Kinder und Jugendliche brauchen eine Gegenkraft, einen Eigenhalt, eine Resistenz. Nur so erwerben sie jene Mündigkeit und Freiheit, die zu Recht gefordert wird – und jene Resilienz, von der heute so oft die Rede ist. Es ist das Dialektische des schulischen Bildungsauftrags: Mit der Welt gehen, ihr aber zugleich widerstehen. [...]

Wer sich ins Feld der Pädagogik begibt, setzt sich dialektischen Prozessen und damit Spannungsfeldern aus. Er ist immer eingespannt ins Widerstreitende von Idealität und Realität beispielsweise, von Theorie und Praxis. Der Gegenbegriff zur Theorie ist meines Erachtens nicht die Praxis, sondern die Empirie, die reflektierte Praxis. Das ist die berufliche Erfahrung, die sogenannte Professionsempirie. Darum habe ich – auch als Direktor der Kantonsschule Luzern oder als Gründungsrektor der PH Zug – immer selber unterrichtet. Ich wollte Theorie und Empirie im gelebten Schulalltag verbinden. Das legitimiert mich, Fehlentwicklungen zu benennen – auf der Basis des Wohlwollens gegenüber der Institution Schule, aber unerbittlich in der konkreten Sache. [...]

Die Steuerungs- und Kontrolltendenzen im Bildungssystem bringen die Schulen unter Druck, ohne dass bessere

Lernleistungen resultieren. Diese technokratische Sicht verkennt das Wesen des Unterrichts. Und noch etwas spüren wir: Der Wissens- und Informationsgesellschaft droht die Bildung abhandenzukommen. Bildung hat es heute schwer. Gefragt sind Kompetenzen, beruflich kalkulierbar, ökonomisch einsetzbar, finanziell verwertbar. [...] Die Idee der betriebswirtschaftlichen Effizienz hat die Idee der Bildung verdrängt. Relevant ist sie als ökonomischer Faktor und «bilanzierbare Kennzahl des Humankapitals» – unter den Parametern des maximierten Gewinns. So scheint es, etwas pointiert formuliert. [...]

Von Hegel stammt die Kurzdefinition von Bildung, nämlich «Im Andern zu sich selbst kommen». Wir bilden uns nicht allein und selbstgesteuert. Wir brauchen ein vital präsen-tes Gegenüber, das uns zu uns selber führt und damit zum Denken als innerem Dialog zwischen mir und mir selbst. Das kommt [...] von einem engagierten Visavis, das mich inspiriert, von einer Lehrerin, einem Lehrer. Autonom werde ich durch Emanzipation. [...]

Es gibt sicher die Not der Noten, doch sie haben auch ihren Wert. Als junger Lehrer war ich an einer Schule tätig, die das verbale Bewertungssystem praktiziert hat: die Lernleistungsbeurteilung mit Worten. Wie habe ich um einen gerechten «Beschrieb» gerungen. Stundenlang! – dies im Wissen: Worte können verletzen; Zahlen sind neutraler. In einem wertschätzenden Umfeld, in einer fehlerfreundlichen Atmosphäre sind Noten, so habe ich es erlebt, nicht das Problem, sondern eine einfache und leicht verständliche Hilfe; die Note schafft Klarheit für eine aktuelle Lernleistung. Kinder wollen wissen, wo sie stehen. Mehr kann eine Note nicht.

Entscheidend ist das lernfördernde Feedback – im Sinne einer Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen in Bezug auf die Sache, den Prozess und die Selbstregulation. Das gehört zwingend zur Note. Und genau das, Feedbacks zur Selbstregulation, wünschen sich die Lernenden am meisten. Doch sie erhalten es ganz selten. Die For-schung weist dies nach. [...]

Das Üben hat – vor allem an den Pädagogischen Hochschulen – einen schalen Beigeschmack. Aus der Gedächtnisforschung aber wissen wir, dass Üben und Festigen das Zentrale, das Grundlegende des Lernens sind. Das gilt be-sonders für die Grundfertigkeiten Rechnen, Lesen und Schreiben: Je mehr wir etwas im täglichen Leben und un-ter Druck brauchen, desto intensiver müssen wir es tra-i-nieren, sagt die Forschung. Eben: Aufbauen mit dem Ver-stehen, dazu das Festigen übers Üben und Anwenden. Das haben wir vernachlässigt. [...] Die empirischen Daten zei-gen es überdeutlich. [...]

Wir brauchen keinen neuen Masterplan, wie das ein Do-zent der PH Zürich angesichts der nachlassenden Lernleis-tungen der Schulabgänger postuliert. Wir brauchen eine pädagogische Wende, um eine wirklich gute «Schule für

alle» zu schaffen – klug geführt und mit effektiven Lernprozessen. So findet die Schule wieder zu ihrem Kernauftrag, dem bildungswirksamen Lernen für alle. Das bewahrt uns davor, «sehenden Auges in ein schweres Problem hinein[zulaufen]», wie der gleiche Bildungswissenschaftler in apokalyptischen Worten warnt. Die Pädagogischen Hochschulen beklagen plötzlich etwas, das sie mit ihren Reformen selber mit verursacht haben. Doch darüber schweigen sie. Das scheint mir unredlich. [...]

Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel aus den Pädagogischen Hochschulen hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Definitionsmacht über die Schulen übernommen. Sie bestimmen, was gelehrt und vor allem wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker. Das bedeutet eine Marginalisierung der Praxisempirie. [...] Den Pädagogischen Hochschulen ist es gelungen, sich der Kontrolle durch die kantonalen Bildungsdirektionen zu entziehen. Sie führen so etwas wie ein Eigenleben. Dabei berufen sie sich auf Entscheide der EDK, oft abgekoppelt von der täglichen Kärrnerarbeit im pädagogischen Parterre. [...]

Im Luhmann'schen Spiel der Subsysteme ist die Schule der Politik unterstellt. Sie muss steuern. In den vergangenen Jahren hat aber die Bildungsverwaltung über ihren forcierten und kräftigen Ausbau einen ungeahnten Einfluss erhalten. Es ist darum nicht immer klar, wer hier wen steuert. Offiziell wäre es die Bildungspolitik! [...] Die Funktion der EDK ist für mich zu wenig durchschaubar. Wenn ich sehe, wie lange es gedauert hat, bis die ernüchternden Ergebnisse der Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK 2023) an die Öffentlichkeit gekommen sind. Da war die beschönigende, ja euphemistische Kommunikation wichtiger als eine schnelle und schonungslose Resultattransparenz!

Ein zweites Beispiel. Wie wenig klar die EDK ist, zeigte sich im Spätherbst 2023. Publiziert wurden die PISA-Ergebnisse 2022. Das ehemalige Bildungsparadies Finnland war dabei in den Naturwissenschaften und im Lesen leicht vor der Schweiz platziert. Der finnische Bildungsminister bezeichnete das Resultat seines Landes als «sehr besorgnisrengend». Er kündigte Massnahmen an. Bei uns bewertete die damalige Präsidentin der EDK, die Zürcher Regierungsräerin Silvia Steiner, die leicht schlechteren Resultate als «gut» bis «sehr gut». Sie betonte das Relativierende, verwies auf das noch schwächere Abschneiden vergleichbarer Länder wie Deutschland und tröstete sich damit. «Wir sind über dem OECD-Durchschnitt!» (sic!), frohlockte sie. Dabei wussten wir um den dramatischen Rückgang beim Leseverstehen. Geschehen ist nichts. So etwas untergräbt jede Glaubwürdigkeit dieser Institution. [...]

Die Wissenschaft spricht von der marginalisierten Professionsempirie. Konkretisiert an einem Beispiel: Praxiserfahrene Lehrpersonen haben nachdrücklich vor der Einführung zweier Fremdsprachen in der Primarschule und den hehren Versprechen dieser Innovation gewarnt. Die Bildungspolitik und die Verwaltungsstäbe haben nicht auf sie gehört. Im Gegenteil. Die Praktiker wurden in die ewigste Ecke versetzt. Dabei wissen wir seit Jahren, dass beispielsweise das verstehende Lesen dramatisch abnimmt, ebenso das korrekte und kohärente Schreiben. Es fehlt die Zeit zum Üben. Genau darauf haben die warnenden Stimmen der Praxis verwiesen. Sie wurden – milde gesagt – belächelt. Kassandra lässt grüßen! Kein Bottom-up-Prozess. Leider. [...]

In und an der Bildung kann sehr viel Geld verdient werden. Private haben das längst entdeckt und drängen in die Schule. Ein lukratives Feld! Es sind oft die gleichen Leute,



«Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel aus den Pädagogischen Hochschulen hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Definitionsmacht über die Schulen übernommen. Sie bestimmen, was gelehrt und vor allem wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker.»

die Innovationen pushen und sich dann gleichzeitig als Berater anpreisen. Gegen teures Geld notabene. [...]

Wir wissen, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter. Das müsste den Bildungsverantwortlichen zu denken geben. [...]

Die Schule hat einen Doppelauftrag. Sie muss zeitgemäß sein und gleichzeitig den Mut zu Konstanten aufbringen. Konkret: Sie bleibt im Wandel stets auch dem verpflichtet, was immer gilt und keinem Verfallsdatum unterliegt. Darin liegt das Widersprüchliche und darum Anspruchsvolle der Schule, das Dialektische: Sie muss sich ändern und gleichzeitig Zeitloses

vermitteln wie humane Werte und kulturelle Grundfertigkeiten: das Herkömmliche wie das Fortschrittliche. Schule muss beides verbinden und beidem gerecht werden. [...]

Ein Ding richtig können sei mehr als Halbheiten im Hundertfachen. Was der Dichter und Denker Goethe sinngemäss forderte, müsste die Schule des 21. Jahrhunderts verlangen: klar in ihren Ansprüchen,

sein und gleichzeitig den Mut zu Konstanten aufbringen. Konkret: Sie bleibt im Wandel stets auch dem verpflichtet, was immer gilt und keinem Verfallsdatum unterliegt.»

bemüht um elementares Basiswissen und intensives Training dauernd gültiger Qualifikationen: verstehendes Lesen und kohärentes Schreiben, präzises Rechnen, logisches Denken und freies Fantasieren. Solche elementaren Grundkompetenzen sind das Ergebnis systematischen Lernens und kreativen

Arbeitens, sind Resultat einer ganz unflexiblen Hingabe an die Basics. Nur so wird man flexibel! «Get the fundamentals right, and the rest will follow.»



Gelassen mit der Zurich Hauratversicherung

Mit der Hauratversicherung von Zurich können Sie sich entspannen. Wir übernehmen die Kosten, wenn Ihr Eigentum durch Naturgefahren, Feuer, Wasser oder einen Einbruch Schaden nimmt.



Prämie berechnen: Ihr Zugangscode YanZmy2f

LCH-Mitglieder profitieren von attraktiven Sonderkonditionen. Bitte erwähnen Sie Ihre Mitgliedschaft.



LVB-Forum

lvb inform 2025/26-01

Ich gratuliere der Geschäftsleitung für das immer top verfasste «lvb inform». Einfach eine Freude zu lesen – sowohl inhaltlich wie auch sprachlich. Wenn man Sprache liebt, ist das «gäale Heftli» ein Leckerbissen. Und inhaltlich immer mit dem Finger in der Wunde des Bildungssystems ... Danke auch dafür!

X. Y. AUS Z., PRIMARLEHRERIN
(NAME DER REDAKTION BEKANNT)

Und wieder liegt eine neue Ausgabe eurer informativen Zeitschrift «lvb inform» vor mir. Welche anregende Lektüre, welcher Gedankenreichtum – immer geprägt vom pädagogischen Leitgedanken einer bildungswirksamen Schule – einer Schule, klar im Aufbau, konzentriert im Auftrag, überzeugend in ihrem Wirken. Das zeigen eure Grundsatzgedanken, das verrät das Editorial, das erhellt der Rückblick auf eure DV von Ende März 2025 mit Roland Reichenbachs nachhallendem Referat. Ich bin euch dankbar. Wie viel Arbeit und Aufwand, wie viel Engagement und «Get involved!» sich dahinter verbirgt, das wissen nur ihr und eure LVB-Kolleginnen und -Kollegen.

CARL BOSSARD, STANS

Vielen Dank für die Berichte und das Protokoll der DV im neuen «lvb inform». Ich habe sie mit viel Interesse gelesen und mich an meine Zeit als «Schulmeister» erinnert. Dabei stellte ich fest, dass ich damals richtig unterwegs gewesen bin. Was ihr über Unterricht und die Beziehungen zwischen Eltern, Lehrpersonen und Behörden schreibt – da kann ich nur sagen, dass ich das schon zu meiner Zeit überzeugt und erfolgreich gelebt habe.

MAX HUSI, OLten

Felix Schmutz: Die Fremdsprachendidaktik auf Abwegen, lvb inform 2025/26-01

Wenn man sich die vollmundigen Ankündigungen, die vor zwanzig Jahren von führenden Sprachdidaktikern zum Mehrsprachenkonzept gemacht wurden, heute wieder vor Augen führt, fühlt man sich über den Tisch gezogen. Damals wurden alle Abstimmungen über die Einführung einer zweiten frühen Fremdsprache gewonnen, indem eine «wissenschaftlich begründete» Überlegenheit der Mehrsprachendidaktik ins Feld geführt wurde. Nun haben wir einen Scherbenhaufen beim Frühfranzösisch und im Deutsch sieht es ebenfalls recht düster aus.

Das Scheitern war jedoch vorauszusehen, denn mit diesem Sprachenfuder wurde der Grundauftrag der Primarschule

völlig überladen. Primarschüler sind nicht in erster Linie da, um in Kurzfutterlektionen in zwei Fremdsprachen unterrichtet zu werden. Viele Kinder, besonders die Buben, interessieren sich in der Mittelstufe viel mehr für spannende Realienthemen als für Fremdsprachen. Da blühen sie auf und lernen zuerst einmal auf Deutsch sich die Welt zu erschliessen. Der Wortschatz der Schüler wird reicher und präziser, wenn ein guter Realienunterricht das Interesse für wesentliche Themen weckt. Es wäre gut, sich daran zu erinnern, dass die Verbindung von Deutsch mit dem Sachunterricht neben der Leseförderung einen Königsweg zur sprachlichen Kompetenz der Schüler schafft.

Felix Schmutz hat die Irrtümer der Fremdsprachendidaktik für die Primarschule überzeugend aufgedeckt. Da gibt es wirklich nichts mehr schönzureden, wenn nach zehn und mehr Jahren des Experimentierens mit den frühen Fremdsprachen die Frustration bei vielen Kindern riesig ist. Doch manche Didaktiker scheinen einfach über der Schulrealität zu schweben. Ja, offenbar werden jetzt auch noch Nebelpetarden verschossen, indem gelungene Versuche mit der Mehrsprachigkeit auf der Sekundarstufe II als Beweis für den Erfolg neuer Konzepte herangezogen werden. Doch diese Taktik wird nicht nur bei der Lehrerschaft, sondern auch bei den enttäuschten Eltern nicht länger verfangen.

Wir Lehrkräfte haben die Pflicht, jetzt Klartext zu sprechen. Es ist nicht länger tolerierbar, dass ein Grossteil der Primarschüler in der zweiten Fremdsprache und im Deutsch auf keinen grünen Zweig kommt. Die Primarschule muss sich wieder auf ihren Grundauftrag besinnen können. Es gilt allen Versuchen, überzogenen Wunschvorstellungen bei den frühen Fremdsprachen nachzujagen, eine klare Absage zu erteilen. Eine Fremdsprache ab der fünften Klasse ist genug, das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit.

HANSPETER AMSTUTZ, FEHRAUTORF

Benjamin Hänni und Roger von Wartburg: Anhaltende Lese- und Sprachkrise im Klassenzimmer, lvb inform 2025/26-01

Seinerzeit wurde immer wieder betont, dass man Korrekturen am Fremdsprachenkonzept nach erfolgten Evaluationen nötigenfalls tätigen werde. Immer wieder wurde auf die nächste Testserie vertröstet. In der Zwischenzeit liegen so viele Daten vor, dass eigentlich dringend gehandelt werden müsste. Doch Fehlanzeige: Die Politiker wollen das Konzept unter gar keinen Umständen ändern. Früher gemachte Versprechen sind längst vergessen.

URS KALBERER, MALANS



Die Autoversicherung für alle Bedürfnisse

Egal, ob Sie Familie haben, Elektroauto fahren oder Ihr Fahrzeug nur am Wochenende benötigen: Bei Zurich finden Sie die passende Lösung. Mit 28 Zurich Help Points und 250 Reparaturpartnern sind wir immer in Ihrer Nähe und unterstützen Sie im Schadenfall.



Prämie berechnen: Ihr Zugangscode YanZmy2f

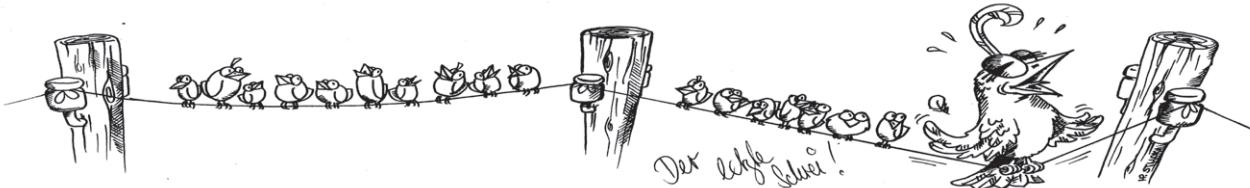
LCH-Mitglieder profitieren von attraktiven Sonderkonditionen. Bitte erwähnen Sie Ihre Mitgliedschaft.



Philipp Loretz: Editorial – Ohne elterliche Sorge viele schulische Sorgen, Ivb inform 2025/26-01

Was für ein erhellender und präziser Text! Das Ganze ist eine kluge Analyse der täglichen Herausforderungen im Lehrerberuf. Der Beitrag würde es verdienen, von angehenden Lehrkräften, Schulsozialarbeitern und generell Schulinteressierten ausführlich diskutiert zu werden. Im Text ist so viel pädagogische Substanz, dass die Lektüre sich wirklich lohnt. Und das alles in einer gut verständlichen Sprache.

HANSPETER AMSTUTZ, FEHRLTORF



Der letzte Schrei

Schule 2040+ – SmartLearn.CH und LearnEarn+

von Benjamin Hänni



Schule in den 2040er Jahren: Wie 20 Jahre davor von den renommiertesten Bildungs- und Zukunftsforschern vorhergesagt, liegt die mittlere Aufmerksamkeitsspanne von Kindern und Jugendlichen inzwischen knapp unter jener eines Goldfischs, dafür deutlich über der eines durchschnittlich konzentrierten Eichhörnchens im Herbst. Vorausschauend wie immer, war von der EDK deswegen ein weiteres nationales Reformprogramm für die Volksschule durchgesetzt worden: SmartLearn.CH – das adaptive Bildungserlebnis. 2039 wurde es flächendeckend eingeführt.

SmartLearn.CH steht für eine Schule, welche die Kinder und Jugendlichen dort abholt, wo sie stehen – oder eher sitzen bzw. liegen: vor dem Bildschirm nämlich. Anstelle von Fachinhalten stehen Erlebnisdichte-, Emotionsfrequenz- und didaktische Reizsättigungskompetenz pro Sekunde im Zentrum. Den herkömmlichen Studiengang zur Lehrperson an der PH FHNW gibt es nicht mehr. Stattdessen werden «Edufluencer» generiert, im Zentrum der Ausbildung steht die interaktive Reizdidaktik (IRD).

Ein zentrales Modul von SmartLearn.CH ist das neue pädagogische Belohnungssystem LearnEarn+ – ein Motivationsinstrument, das laut Bundesamt für Bildung und Dopamin (BBD) «die Lernfreude nachhaltig steigert». Kinder sammeln beim Lernen BrainCoins, Fokus-Kristalle und Serotonin-Tokens, je nachdem, wie oft sie den Satz «Ich bin voll im Flow!» leise in ihr Headset flüstern.

Wer genug Punkte erreicht hat, kann sich im EduShop Upgrades freischalten:

- Schneller Denken – temporär 15 Sekunden Konzentration am Stück
- Instant Memory Boost – eine Schulwoche lang Vokabeln merken, bevor sie gelöscht werden
- Avatar Customizer Deluxe – leuchtende Flügel für erfolgreiche Teilnahmen an Mathe-Reels

Wer die Aufgaben dagegen zu langsam löst, bekommt eine freundliche Push-Meldung: «Du verlierst Energie ✕. Poste deine Lernfreude für einen Boost!»

Der offizielle Slogan von SmartLearn.CH lautet: «Lernen macht süchtig!» Und tatsächlich: Viele Kinder melden Entzugserscheinungen in den Ferien. Im modernen Bildungsmonitoring gilt dies als messbarer Erfolg.

Der Lehrplan 21 ist längst Geschichte. Der Lehrplan 2040+ folgt vier klaren Prinzipien – den vier K des digitalen Zeitalters:

- Klickkompetenz: Alles, was sich anklicken oder swipen lässt, ist Bildung.
- Kurzzeitgedächtnis: Wissen ist flüchtig, es bleibt nur bis zum nächsten Swipe.
- Komfortlernen: Jede Aufgabe wird

automatisch ans persönliche Wohlfühl niveau angepasst. Kein Stress, kein Scheitern, kein Schweiß.

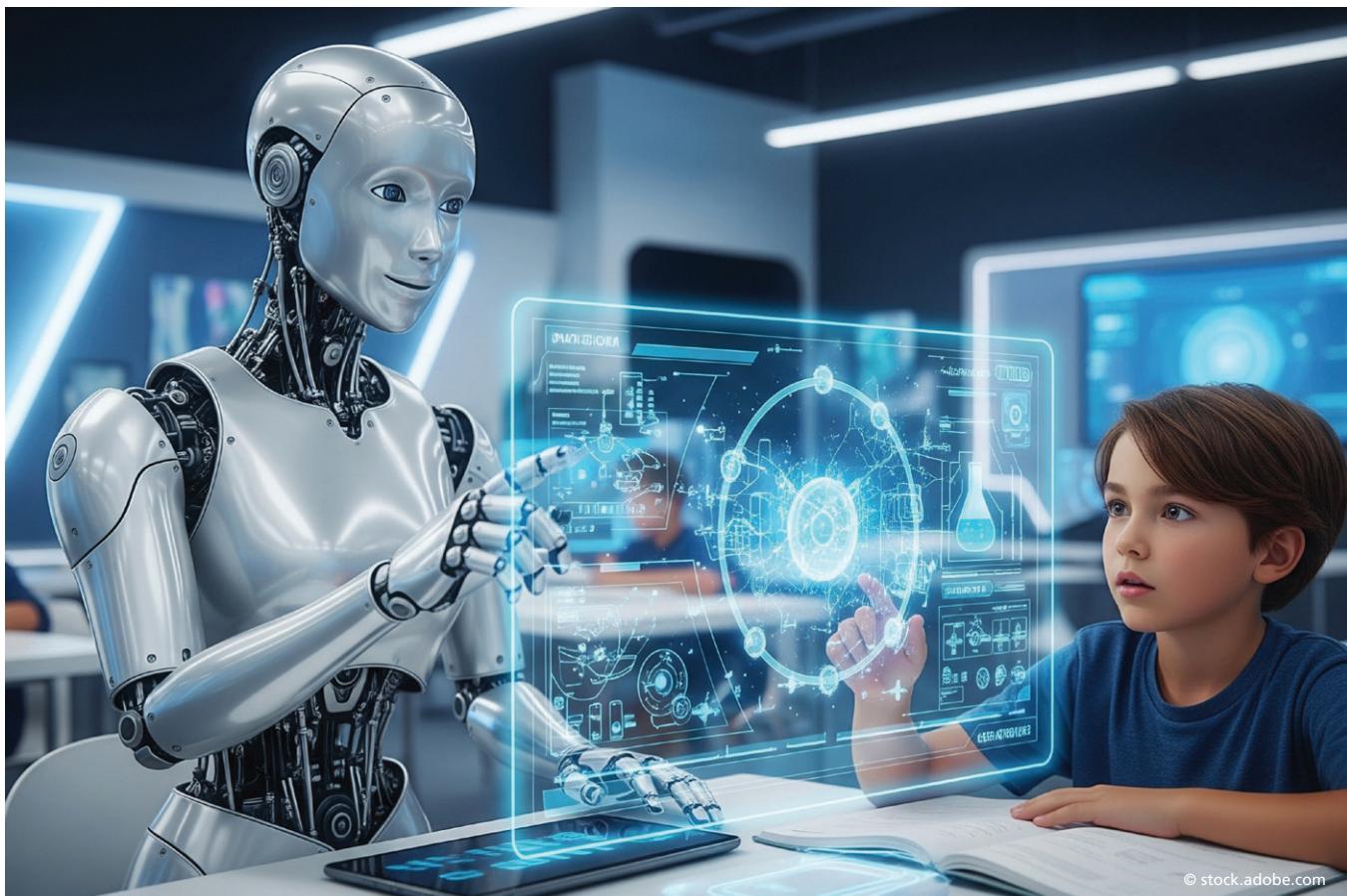
- Konsumkreativität: Kreativ ist, wer Inhalte neu filtert oder auch einmal eine neue Filterblase ausprobiert.

Die Inhalte selbst wurden radikal entschlackt. Photosynthese? Innert sieben Sekunden erklärt: «Pflanze trinkt Sonne – CO₂ weg – O₂ Check!» Geschichte? Wird als Reaction-Video vermittelt. Napoleon? «Kleiner Typ, großes Ego – wait for Part 2!» Grammatik? Nur noch als #GlowUpChallenge.

Besonders innovativ und beliebt sind diverse neue Unterrichtsformate: Mathe-Dance-Challenges (Brüche mit Breakdance), die ClimateChangeGlowUp-Kampagne (CO₂ in Modeideen verwandeln) und natürlich die History-Roast-Night, bei der berühmte Persönlichkeiten gegeneinander antreten – Julius Caesar vs. Marie Curie, KI-generiert und gestreamt auf EduTok-Live, wahlweise in 3D.

Die Rolle der Edufluencer ist natürlich eine ganz andere als jene früherer Lehrpersonen. Sie drehen Lernclips, posten Unterrichts-Teaser und kämpfen um Reichweite. An der PH FHNW heißen die Module «Storytelling mit Lippenfilter», «Didaktik-Shock-Content» und «Wie ich meine Klasse mit Soundeffekten in den Fokus-Modus setze».

Der didaktische Grundsatz lautet: «Kannst du es in sechs Sekunden nicht erklären, war es eh zu kompliziert.» Denn Schule soll ein Ort sein, wo Lernen inspiriert – oder zumindest viral geht. Bekommt ein 13-Jähriger dank der #PythagorasDanceChallenge drei Millionen Likes, ist das auch eine Form von Bildungserfolg.



Praxisbericht aus einer Schule, die gemäss Audit 2040+ die Exzellenz-Stufe erreicht hat: Montag, 9.30 Uhr, August 2041. Die Sonne blendet durch die Smartglass-Fassade des EduHeadquarters (ehemals: Schulhaus), während die individualisierten Lernwaben von der KI-gesteuerten «Morningmood Lighting»-App sanft in beruhigendes Pastell getaucht werden. Der Edufluencer öffnet das Holoboard und ruft «Guten Morgen!» – 40 Avatare nicken synchron.

Die Lektion dauert zwei Minuten. Eine längere Dauer ist pädagogisch nicht mehr vertretbar. Denn seit der grossen Bildungsreform von 2039 gilt:

Konzentration ist ein knappes Gut und eine Lektion darf nicht länger dauern als der durchschnittliche Tik-Tok-Clip. Die Lerneinheiten wurden daher in «Microbursts of Learning™» unterteilt – maximal zwei Minuten lang und alle 0.85 Sekunden durch einen neuen audio-visuellen Reiz gekennzeichnet.

Der Unterricht ist präzise getaktet: Fünfzehn Sekunden Warm-up-Tanz (Pflichtmodul «Social Engagement»), dreissig Sekunden Content-Hook (mit Explosion oder Tränen, je nach Fach), vierzig Sekunden Challenge-Phase, in der die Lernenden ein Video schauen, und zum Abschluss eine Reflection-

Reel, die automatisch von der Edu-KI ausgewertet wird. Wer in der ersten Sekunde nicht reagiert, bekommt eine Push-Benachrichtigung auf seine VR-Brille: «Deine Aufmerksamkeit sinkt. Möchtest du stattdessen ein Katzenvideo mit Lernbezug sehen?»

So gesehen ist die Schule 2040+ vielleicht gar kein Ort mehr, sondern ein Algorithmus mit guten Absichten – sanft und wohlig weich, freundlich blinkend und stets bemüht, niemanden zu (über)fordern. Lernen ohne Anstrengung, Denken ohne Tiefe, Wissen ohne Widerstand. Endlich!

Retouren an:
Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3

AZB
CH-4153 Reinach
PP / Journal


Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3
4153 Reinach
061 763 00 02

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsidium, Medien,
Publikationen und Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 077 417 57 54
philipp.loretz@lvb.ch

Vizepräsidium,
Geschäftsleitung & Mitgliederverwaltung
Benjamin Hänni
Herrenweg 62
4147 Aesch
Tel 077 422 25 61
benjamin.haenni@lvb.ch

Redaktion, Dokumentation,
Stellungnahmen & Anlässe
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Beratung, Mediation & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 079 606 96 37
isabella.oser@lvb.ch

Sozialpartnerschaft & Personalfragen
Martin Loppacher
Spalentorweg 4
4051 Basel
Tel 061 693 00 73
martin.loppacher@lvb.ch